

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur-Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 8.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Einzelne Exemplare für 1894 unter Nr. 6919.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beizeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Notizen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 7. März 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Gladstone's Rücktritt und der neue Führer der englischen Liberalen.

London, 3. März 1894.

Mit einer Axt auf die Privilegien der Lords — das Schwert in der Hand, wie sich die „Sun“ des Herrn L. P. O'Connor überschwänglich ausdrückt — hat Gladstone vorgestern seine Leiterschaft der liberalen Partei im englischen Parlamente abgeschlossen. Die Rede war nicht die bedeutendste, die der Grand old Man gehalten, aber sie war frei von den Fehlern seiner weißen Reden, frei vor allen Dingen von den vielen Verkauflungen, in denen er sich so oft ergeht, und die von seinen Feinden als Beweis für seine Heuchelei, von seinen Verehrern als das Produkt seiner großen Gewissenhaftigkeit bezeichnet werden, — sie ging direkt auf den Kernpunkt der Frage und erzielte in dem überfüllten und gespannt lauschenden Hause einen großen Eindruck.

Gladstone legte dar, warum die Regierung bei der Kirchspielvertretungs-Bill eine andre Haltung gegenüber den Lords einnehme als bei der Gastpflichtvorlage. Bei der letzteren hat sie bekanntlich, weil die Lords von der Zulassung von Nebenkontrakten nicht abgingen, die Vorlage für den Moment ganz fallen lassen. Es war das nicht ein Zurückweichen vor den Lords, sondern die Befolgung des Wunsches der Trade Unions. Diese sind einstimmig dafür: lieber Verlagerung der Reform, als Reform mit Fortdauer der Erlaubnis, sich durch Privatverträge außerhalb des Gesetzes zu stellen. Alle Vorschläge, daß die Privatverträge die Arbeiter nicht schlechter stellen dürfen wie das Gesetz, daß die Gültigkeit der Verträge von einer zwei Drittel Mehrheit der gemeinsamen abstimmen Arbeiter abhängen soll etc., haben die „Lad-Feindschaft“ der Trade Unions gegen diese Neben- oder besser: Gegenkontrakte nicht zu beeinflussen vermocht, sie sehen in denselben nur das Mittel, die Arbeiter an bestimmte Etablissements zu ketten und von dem Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung fern zu halten, und diese, unzweifelhaft in 99 Prozent der Fälle zutreffende Beurteilung läßt sie lieber auf alle sonstigen Vorteile des neuen Gesetzes verzichten als es mit der anstößigen Verbindung anzunehmen. James Mawdsley, der Führer der großen Spinnerunion von Lancashire, den ich jüngst zu sprechen Gelegenheit hatte, geht, wie viele Arbeiter von Lancashire, sonst mit den Konservativen, aber in diesem Punkt ist er durchaus mit der liberalen Regierung einverstanden. Da die Geschäftsordnung der Regierung nicht erlaubte, über die Köpfe der Lords hinaus die Vorlage zum Gesetz zu erklären, blieb ihr nichts übrig, als sie für den Moment unter Protest zurückzuziehen; aber die Konservativen verreckten sich, wenn sie das als einen Sieg feiern. Die Protestmeetings der Arbeiter häufen sich, und schließlich sind es doch die Arbeiter, die bei den Wahlen den Ausschlag geben.

Bei der Kirchspielvertretungs-Bill haben die Lords, wie schon berichtet, den größten Teil ihrer Verstämmelungs-Amendements fallen lassen. Einige wenige haben sie aber doch festgehalten, und diese, erklärte Gladstone, wolle die Regierung zu guterletzt hinnehmen, um nicht auch noch diese Reform von den Lords zum Scheitern gebracht zu sehen. Aber sie thue es unter Protest. Dieser Zustand, daß die erbliche Kammer die Arbeiten der vom Volk gewählten Kammer hemmen oder ganz und gar zu nichte machen könne, müsse ein Ende nehmen. Freilich könne das Haus

der Gemeinen nicht in eigener Sache endgiltig entscheiden. Diese Entscheidung liege bei einer höheren Autorität — der Nation. „Meine Pflicht endet damit, die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Thatsache zu lenken, daß, indem wir diese Amendements erwägen, wir gleichzeitig eine von ihnen untrennbare Frage behandeln — eine Frage, die in hohem Grade akut geworden ist, die Erledigung heischt, und die diese Erledigung in Wäldern finden muß.“

Das waren virtuell die letzten Worte, mit denen Gladstone seine Laufbahn als Parteiführer schloß. Alles in allem, kein übler Abschluß. Die Frage des Hauses der Lords ist schon oft aufgeworfen worden, und man kann es als zweifelhaft betrachten, ob es die Liberalen diesmal zu einer wesentlichen Aenderung der Frage zwischen beiden Häusern des Parlaments bringen werden. Aber kein Zweifel, daß je demokratischer das Wahlrecht, je stärker der Einfluß der Arbeiter auf das Haus der Gemeinen wird, je mehr die Arbeiterfragen die Vorderhand im öffentlichen Leben erlangen, um so mehr auch die erbliche Kammer ein Widersinn wird. Man mag immerhin sagen, die Lords hätten jedesmal, wo sich gezeigt, daß das Land wirklich eine Reform wolle, ihren ursprünglichen Widerstand aufzugeben, aber das hebt 1. die Thatsache nicht auf, daß jede Reform ihnen quasi erst abgerungen werden mußte und daß 2. sie dabei dann immer noch Vorbehaltskläusen aller Art einschoben, keine Reform unverkürzt passieren ließen. Das werden sie auch, so lange sie nun einmal die Macht dazu haben, in Zukunft nicht lassen, und von ihrem Standpunkte mit Fug und Recht. Sie werden nach Möglichkeit ein aushaltendes, verzögerndes Element bilden. Die Beseitigung dieses Gemmischs der Gesetzgebung heißt heute mehr, als sie vor 50 Jahren geheißen hätte.

Mit all' seinen Fehlern hat Gladstone mehr Verständnis für den demokratischen Charakter unseres Jahrhunderts an den Tag gelegt und ihn mehr Zugeständnisse gemacht, wie irgend einer seiner Kollegen im übrigen Europa. Wie wäre auch sonst die Popularität zu erklären, deren er sich bei einem noch immer sehr großen Theil der englischen Arbeiter erfreut. Und wenn nicht diese, so ist der Haß, der erbitterte, leidenschaftliche Haß, den die übergroße Mehrheit der kapitalistischen Bourgeoisie gegen Gladstone hegt und bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringt, für mich ein Zeugnis zu seinen Gunsten. Er hat wiederholt gewagt, alle Traditionen der politischen Routine zu durchbrechen, mit der irischen Landbill, dem Friedensschluß mit den Boers, der Homerulebill etc., er war der erste englische Staatsmann — und wenn man von der provisorischen Regierung von 1848 in Frankreich absieht — überhaupt der erste Leiter einer Regierung, der einen Vertreter der organisierten Arbeiter ins Ministerium berief. War es auch 1888 nur ein Beobachter, und ist dessen Nachfolger, Burt, ebenfalls Repräsentant des rechten Flügels der Trade Unionisten, so bleibt die Ernennung dieser Männer doch ein bemerkenswerther Schritt. Kurz, ich kann mich dem wegwerfenden

*) Burt ist noch heute Sekretär in der Nat. Vergarbeiter-Union, d. h. gleichzeitig Mitglied des britischen Staatsministeriums und Beamter einer Arbeitergewerkschaft. Urtheil, das unter anderem Ch. Bonnier in der „Ere Nouvelle“ über Gladstone fällt, nicht anschließend. Gewiß, Gladstone war oder ist kein Genie à la Beaconsfield-DIsraeli, aber wie wenig hat der Politiker DIsraeli von dem gehalten, was der Schriftsteller DIsraeli verpöndet? Indeß, es ist hier nicht der Ort, den Vergleich auszuspinnen, oder Gladstone's politische Laufbahn zu schildern.

Noch einige formelle Schritte, und Gladstone ist als Staatsmann gewesen, wenn er auch vielleicht zunächst noch sein Mandat behält. Wie die heutigen Morgenblätter melden, hat ihm die Königin bei der gestrigen Visite zum — ich weiß nicht, wie vielen Male — die Ernennung zum Peer angeboten, der Alle ist aber fest geblieben und hat diese Ehre abgelehnt. Die Sache wäre an sich nicht der Erwähnung werth, aber der Zufall hat es gewollt, daß der Mann, den Gladstone seiner Partei als Nachfolger vorgeschlagen, und der auch sein Nachfolger in der Führerschaft sein wird, ein Peer ist: Lord, resp. der Earl of Rosebery.

Lord Rosebery war nicht der einzige Anwärter auf das Erbe Gladstone's. Von anderen Repräsentanten der rar gewordenen Spezies: liberale Peers, abgesehen, hat auch noch Gladstone's langjähriger Lieutenant, Sir William Harcourt, gewisse Ansprüche auf die Würde des Führers. Und für diese Ansprüche, resp. gegen die Bevorzugung Rosebery's hat sich mit großem Eifer Herr Henry Labouchere erhoben. Was er gegen die Wahl des Letzteren zum Führer der liberalen Partei vordringt, klingt an sich ganz planlos. Es macht sich sonderbar genug, wenn in dem Moment, wo die Liberalen mit aller Energie die absolute Suprematie des Hauses der Gemeinen über das der Lords durchsetzen wollen, ihr erster Anführer ein Mann sein soll, der dem letzteren angehört und das erstere nur als Zuschauer besuchen darf. Ferner hat Harcourt seit mehr als 25 Jahren in der Partei gebient, während Rosebery überhaupt erst 46 Jahre alt ist, und zwar radikal genug gestimmt, aber sich der Partei gegenüber stets in gewisser Reserve gehalten.

Indeß, trotzdem ist die Masse der Liberalen für Rosebery, und Labouchere hat nur ein kleines Häuflein Malcontenter um sich gesammelt, das nicht groß genug ist, die Niederlage des Ministeriums herbeizuführen. Man kann auch nicht einmal sagen, daß seine Gruppe die äußerste Linke der Partei repräsentiert. Die vorgeschrittensten Radikalen, als die man doch die dem Sozialismus am nächststehenden bezeichnen muß, sind für Rosebery. Dieser hat, wie ich ja mehrfach zu konstatiren Gelegenheit hatte, in bezug auf die Fragen der sozialen Politik mehr Muth und Entschiedenheit gezeigt, als irgend einer seiner Kollegen, vor Allem als Herr Harcourt, der im Gegentheil vielleicht der größte Whig im jetzigen Ministerium ist. Man bezeichnet es als unbillig, gegen Rosebery den Zufall seiner Geburt auszuspielen. Daß er von Geburtswegen Peer sei, sei sein Pech, das er selbst als solches bezeichnet habe, und gerade in dieser Frage sei er so zuverlässig, wie nur Einer.

Genug, Rosebery wird Premier werden, und wenn der Schwager der Rothschild's auch das kapitalistische Eigentum nicht abschaffen wird — was aber Herr Labouchere erst recht nicht würde — so wird man von ihm eine größere Initiative in wirtschaftspolitischen Dingen erwarten dürfen, als von irgend einem der neben ihm genannten Premierkandidaten. Es ist das von großem Interesse. Wir sehen in England den bürgerlichen Radikalismus sich Schritt vor Schritt so weit nach links entwickeln, als es die bürgerliche Produktionsweise überhaupt nur möglich macht, und an seinen Resultaten wird man erkennen können, wie weit er im Stande ist, die Wohlfahrt der Arbeiterklasse mit dieser Produktionsordnung zu vereinigen, resp. wie weit seine Fähigkeit geht, der organischen Weiterentwicklung der Gesellschaft Geburtshilfe zu leisten.

*) Ein Mitglied der Peerskammer kann nach der englischen Verfassung nicht zum Mitglied des Hauses der Gemeinen gewählt werden.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten)

Helene.

(60)

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Aber wenn schon die Verproviantirung von 60 bis 70 Personen in diesem verödeten Schloß keine leichte Sache war, so gestaltete sich die Errichtung eines Massenquartiers noch schwieriger. Der Kastellan meinte, da bliebe nichts übrig, als daß die Herren jeden Abend nach Andelfingen und Ossingen gingen, und in den dortigen Wirtschaftshäusern unterzukommen suchten.

Helene aber schüttelte den Kopf. Sie erinnerte sich der Weisungen des rothen Postmeisters, Alles zu vermeiden, was Aufsehen erregen könnte.

Niemand durfte erfahren, daß eine so große Anzahl Menschen auf Schloß Wöden zusammen käme.

Wäre es nicht möglich, sie in der Scheune unterzubringen? fragte sie den Kastellan.

Daran habe ich auch schon gedacht, aber wir haben diese nicht gemietet.

Nicht?

Sie ist Eigentum des Bauern, dem auch das Häuschen gehört, es ist der einzige Nachbar.

Ich will mit ihm reden.

Er ist nicht daheim, er hat seinen Weinberg in der Gegend, nur die Frau ist zu Hause.

Um so besser.

Helene ließ alles liegen und stehen und sprang die Treppe hinab.

Sie hatte einige Mühe, das große Thor zu öffnen.

Sie durchschritt den Garten, in dem das Gras hoch stand und Büsche und Unkraut wild durcheinander wucherten und betrat durch ein Thürlchen in der niedrigen halbverfallenen Mauer den Hof, in dem sie sich umsah.

Es war ein weiter, fast ebener Platz, der sich da ausbreitete, auf der einen Seite von dem Graben, auf der anderen von dem Bahndamm umgrenzt.

Eine Gruppe schlanker Pappeln und Ulmen, die regellos durcheinander standen, warfen ihren langgestreckten abendlichen Schatten über die Böschung des Damms. Sie schimmerten im glänzendsten Grün, während der schlechte Boden des Angers nur spärliches Gras hervorbrachte, das von der Hitze gelb und verjengt war.

Zur Rechten, gegen die Mauer des Schloßgartens gelehnt, befand sich die Scheune. Sie hatte ein neues Dach und erschien sehr geräumig; darin konnte man wohl Schlafstellen genug errichten.

Jetzt wendeten sich Helene's spähenbe Augen nach links. Da stand das Häuschen, ärmlich und klein, mit rothen Blumen am Fenster. Ein niedriger Stall schloß sich daran, davor ein mächtiger Düngerhaufen, auf dem sich ein Hahn mit seinen Hennen ergötzte.

Ein junges rothblondes Weib stand hier in der Sonne und bechehte Hans.

Sie schielte, ohne die Arbeit zu unterbrechen, neugierig und verwundert nach der jungen Frau, die sie auf sich zukommen sah. Den freundlichen Gruß gab sie mürrisch zurück und besann sich lange, ehe sie auf eine Frage die knappe Antwort gab.

Aber Helene kannte die Art der Schweizerin und ruhte sie zu behandeln. Sie sprach so lange freundlich und einbringlich in sie hinein, bis sie die Einladung erhielt, in's Haus zu treten.

Als sie wieder herauskam, mußte man gut hinschauen, um sie wieder zu erkennen.

Sie hatte das städtische Kleid abgelegt und erschien im kurzen Bekleid und grobem Hemde, ein schwarzes Nieder umschloß nicht allzu eng den schlanken Leib, aber die Verschmürung über dem Brustlage stand weiter auseinander, als man hier zu Lande gewöhnt war. Die Tracht bot außer dem Wieder nichts Charakteristisches mehr, aber sie war leicht und bequem. Die Schweizerin kam lichernd hinter ihr drein.

Es machte ihr Spaß und schmeichelte ihrer Eitelkeit, daß der Frau ihr Alltagszeug so wohl anstand. Sie fand, daß diese Fremde überhaupt ein nettes Weibsbild sei.

Hatte sie ihr nicht ein goldenes Ringlein geschenkt und es ihr selbst an den Finger gesteckt? Das war doch lieb. Die Frau ließ den Ring in der Sonne funkeln, wobei ihr das Herz im Leibe lachte. Dann wendete sie sich wieder der jungen Frau zu, nahm sie hier an die Schulter, richtete und nestelte an ihr, drehte sie dabei um und um, wie ein Püppchen und gab ihr die treuherzige Versicherung, daß sie „wirklich nicht übel“ sei. „Und jetzt schone — er wenigstens d'Nerm rühre und äppis schaffe.“ sagte sie hinzu, wobei sie, als gelte es den Effekt zu zeigen, mit den eigenen Armen energisch ausgriff.

Helene machte es ihr lachend nach, ja, das war ganz was anderes.

Jetzt sollen Sie sehen, daß ich auch arbeiten kann!“ versicherte sie. Und sie drückte der rothblonden Schweizerin die Hand und ließ nach dem Schloße, um dem Kastellan die gute Nachricht zu überbringen, daß sie die Scheune belämmen und so viel Stroh hinein, als sie nur wollten. Sie selbst mußte am Abend nach Ossingen wandern, wo sie

Labouchere's Gegnerschaft gegen Rosebery ist hauptsächlich eine persönliche. Rosebery soll zu einem nicht geringen Theil Schuld daran sein, daß "Lobby" (Labouchere) diesmal nicht mit ins Ministerium kam. Labouchere's Spezialität sind bekanntlich Attaken auf die königliche Familie, und die macht Rosebery so wenig mit wie Gladstone. Außerdem ist derselbe Herr Labouchere nicht franzosenfreundlich genug, d. h. nicht genug bemüht, es den französischen Chauvinisten Recht zu machen. Man kann aber ein großer Freund des französischen Volkes sein, ohne das zu bedauern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März.

Aus dem Reichstage. Er will es absolut nicht auf sich sitzen lassen, der Herr Kriegsminister, daß er in seiner Rede am letzten Sonnabend das Faustrecht nackt und blank proklamirt hat. Beabsichtigt war es ja von dem geehrten Herrn gewiß nicht, diesen Eindruck hervorzurufen, aber die Worte sind nun einmal hinausgesprochen; und da die Thaten in gewissen Kreisen nur allzu sehr den Worten entsprechen — siehe Ignorirung des Gesetzes durch den Duellant — so kann der Minister jetzt mit Entschiedenheit reden, er wird den Eindruck seiner Worte vom Sonnabend nicht verwechseln.

Sonst brachte der heutige Tag nur die alten Bekannten aus der zweiten Lesung des Militär-Etats. Verwendung der Soldaten zu Zweijagden, die Konkurrenz der Militärhandwerker und der militärischen Konsumanstalten gegenüber den bürgerlichen Gewerben, die Ueberlastung durch Einquartirung, Soldatenselbstmorde und übermäßig hohe Reisespesen und Fahrgeelder der oberen Chargen, alles wurde im raschen Fluge gestreift und kritisiert und wird natürlich im nächsten Jahre genau so bleiben, wie es bisher gewesen ist.

Konstatirt mag die Thatsache sein, daß bei einigen kleinen Abstrichen an Kasernenbauten, die in der Kommission bereits beschlossen waren, die äußerste Rechte heute mit der Linken gemeinsam für Ablehnung stimmte und so die Posten im Falle brachte. Manteuffel nebst v. Hammerstein in Gesellschaft mit Bebel, Richter und Singer gegen eine Militärforderung, soll das nicht der Anfang vom Ende des Deutschen Reiches sein? —

Nur zwei Landwehrmänner sollen infolge der Manöver im letzten Jahre den Strapazen erlegen sein, wie in der heutigen Reichstags-Sitzung der Kriegsminister mittheilte. Die Zahl der infolge der Anstrengungen Zusammengebrochenen war dagegen eine so große, daß, wie ebenfalls in derselben Rede zugestanden wurde, dies der Hauptanlaß war, mit der Erleichterung der Ausrüstung des Infanteristen Ernst zu machen. Diese Erleichterung soll in Zukunft 13—14 Pfund für den Mann betragen. An einer Vereinfachung der ganz ungeschickten Pickelhaube und des enganliegenden Rocktragens soll übrigens nicht zu denken sein.

Zur rechten Zeit scheint sich in der Familie des Reichstags-Abgeordneten Professor v. Marquardsen ein Ereigniß eingestellt zu haben, das ihm den Vorwand zu einem parlamentarischen Urlaub bot. Herr Marquardsen gehört zu den „Hörigen des Bauernbundes“, und die moralischen Ketten, die ihm dieser gelegentlich der Wahlbewegung an's Bein geschmiedet hat, hörte man recht deutlich klirren, als M. für den rumänischen Handelsvertrag stimmte. Herr Marquardsen wurde durch dieses Gerassel so eingeschüchtert, daß er einen de- und wehmüthigen Brief an seine Wähler schrieb und sich darin hoch und theuer verschwor, gegen den russischen Vertrag zu stimmen. Jetzt ist die Zeit da, das gegebene Wort einzulösen, und der Herr Professor würde das gewiß auch gethan haben, wenn nicht „ein Krankheitsfall in der Familie“ ihn gezwungen hätte, einen längeren Urlaub anzutreten. —

Die deutsche Sozialstatistik als ungenügend, die Reichskommission für Arbeiterschutz als eine unvollkommene Organisation zu bezeichnen, und diese Meinung mit schwerwiegenden Gründen zu belegen und zu beweisen, daß das Deutsche Reich leider hinter anderen Ländern in dem Bemühen, die sozialen Zustände wahrheitsgetreu darzustellen, nachhinkt, war zum Kerger der „Nordd. Allg. Zig.“ stets das eifrige Bemühen der sozialdemokratischen Presse. Nun muß der Oberoffiziosus anlässlich der Besprechung des österreichischen Gesetzentwurfes betr. die Arbeiterstatistik zugestehen, daß auch Oesterreich sich anschießt, die Leistungen unserer Reichskommission für Arbeiterstatistik mit einem Sprünge zu überholen. —

Zur Aufhebung der Staffeltarife. Der preussische Landes-Eisenbahnrat hat mit 20 gegen 14 Stimmen den Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf die in der Vorlage des

Ministers der Oeffentlichen Arbeiten hervorgehobenen Gesichtspunkte, insbesondere die in Aussicht genommene Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide, die Aufhebung des am 1. September 1891 eingeführten allgemeinen Ausnahmetarifes für Getreide und Mühlenfabrikate (Staffeltarif) zu bekräftigen. —

Die Arbeiten für die Durchführung der Steuerreform in Preußen schreiten vorwärts. Vorbereitungen für die Veranlagung der Ergänzungssteuer sind im Gange, und haben unter Leitung des General-Katasterkontrollieurs Geh. Ober-Finanzraths Gauß Besprechungen mit den Katasterinspektoren der Monarchie stattgefunden, durch welche die Beschaffung der Unterlagen für die Schätzung des unbeweglichen Vermögens gesichert worden ist. Betreffs des Kommunalabgabengesetzes sind bereits allgemeine Anweisungen ergangen. Von den Ministern des Innern und der Finanzen, denen die Ausführung dieses Gesetzes gemeinschaftlich übertragen worden ist, sind, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mittheilt, inzwischen die weiteren Ausführungsanweisungen soweit zum Abschluß gebracht, daß deren Erlaß unmittelbar bevorsteht. Letztere Anweisungen betreffen namentlich die Aufgaben, welche das Kommunalabgabengesetz den Kreisen und den Gemeinden für das Jahr vom 1. April 1894 bis dahin 1895 gestellt hat. Nach §§ 91 und 96 sind die Gemeinden verpflichtet, bis zum 1. April 1895 ihre Steuererhebung auf die Uebereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes zu prüfen und nöthigenfalls zu ändern. Da die betreffenden Beschlüsse in den meisten Fällen der Genehmigung der Aufsichtsbehörden bedürfen, so läge, falls die Kommunalbehörden ihre Beschlüsse erst gegen Ende des Jahres fassen, die Gefahr vor, daß jene Genehmigung nicht vor dem 1. April 1895 erteilt werden könne und es mithin an der erforderlichen Unterlage für das Etatsjahr 1895/96 fehlen würde. —

Die Angst der großen Grundbesitzer, daß die Holzpreise infolge der durch die Februarstürme verursachten erheblichen Windfälle sinken möchten, zu beschwichtigen, hält der „Reichsanzeiger“ für geboten. Der Import von ausländischem, namentlich russischem Holz, werde aus Veranlassung des schneearmen Winters und der dadurch erschwerten Heranschaffung des Holzes zu den Wasserstraßen sehr erheblich gegen frühere Jahre zurückbleiben und außerdem habe die Staatsforstverwaltung ihre Organe angewiesen, „bei dem Verkauf der Windbruchhölzer in der Regel an den bisherigen Preisen festzuhalten und die Holzmenge, die zu solchen etwa gegenwärtig nicht verkäuflich sein sollten, bis zum nächsten Jahre im Bestande halten und zu dem Ende behufs Erhaltung ihres Werthes entrinden, glätten, im Wasser aufbewahren oder auch selbst zu Schnittwaare verarbeiten zu lassen“. Wie sorgfältig die Regierung doch darauf bedacht ist, daß nur ja nicht die großen Grundbesitzer bei den Verkäufen aus ihren Forsten Einbuße leiden! Es ist besser, daß das gesammte Volk seinen Brot- und Holzbedarf möglichst hoch bezahle, als daß die Edelsten der Nation sich auch nur um eine Flasche Sekt einschränken. Der hochkonservative und orthodoxe Pastor Schall wird dieses selbstverständlich aus dem Geiste des Christenthums begründet finden. —

24 Eingaben von Postbeamten sind dem Reichstage zugegangen. In denselben wird gegen die im Interesse der Postkulis gehaltenen Reden unserer Abgeordneten protestirt. Wie solche Eingaben gemacht werden, wissen die Herren Stephan und Fischer fast so gut wie der bald berühmte gewordene Post-Unterbeamte Hahn in Greifswald. —

Die Zweiundvierziger haben im sächsischen Landtag den verdienten Lohn für ihre denunziatorische Angststichelei erhalten — und zwar einen doppelten Lohn. Lohn von Seiten der Regierung, die mit Freuden die Landgendarmarie vermehren wird — Lohn von Seiten der Sozialdemokraten, die mit den Blümchen-Patrioten unerbittlich ins Gericht gingen, und unerbittlich die nothwendig gewordene Exekution an ihnen vollzogen. Der stenographische Bericht der Debatten liegt jetzt vor uns. Alle Behauptungen der Herren wurden als Ausgebirten einer krankhaften Phantasie nachgewiesen; auch nicht eine der angeblichen Thatsachen konnte festgestellt werden und der Regierung blieb nichts anderes übrig, als sich hinter den bequemen Satz zu verschanzten: Die Gemeindevorstände haben innerhalb des Kreises ihrer Befugnisse gehandelt, und die Regierung läßt den Dingen ihren Lauf.

Das heißt: ob die Anschuldigung wahr oder unwahr — der Jude, d. h. der Sozialdemokrat wird gehängt. Oder so II gehängt werden. Denn gleich den Nürnbergern hängen

in dem ersten Gasthause des Fleckens befriedigende Unterkunft fand.

Donnerstag, den 19. August, war Konrad Ebner mit dem Mittagszug nach Winterthur gekommen und in einem Gasthose abgestiegen, um sich eine Unterkunft für die Nacht zu sichern.

Am Zwanzigsten, so war es bestimmt, sollten sich im Verlaufe des Tages sämtliche zum Kongress Delegirte hier einfinden, durch die Partei bekannte Vertrauensmänner empfangen und an den Ort ihrer Bestimmung geleitet werden.

Konrad zählte zu diesen Erwählten. Nachdem er zu Mittag geessen hatte, schlenderte er müßig durch die Straßen, von Zeit zu Zeit sich umsehend, ob niemand ihm folge.

Nach den politischen Ereignissen der letzten Jahre war dieser Kongress eine Nothwendigkeit geworden.

Das Sozialistengesetz hatte den Zusammenhang der Partei gelockert, er mußte neu gefestigt, und den veränderten Verhältnissen gegenüber eine veränderte Taktik berathen werden.

Da dieser Partei aber genommen war, was allen anderen durch die Verfassung gewährleistet, da für sie das Versammlungsrecht aufgehoben und jede öffentliche Thätigkeit untersagt war, so mußten sie heimlich zusammen kommen und im Geheimen tagen.

Für die Abhaltung dieses geheimen Kongresses war von den Führern der Partei alles auf das Beste eingeleitet worden. Aber nun qualte Konrad der Gedanke, ein Zufall könne noch im letzten Augenblick störend eingreifen und die wichtige Arbeit verhindern.

Eine innere Unruhe trieb ihn weiter und aus den Straßen hinaus; er verließ die Stadt und schritt die grünen Wiesen entlang, Hügel auf, Hügel ab, gegen Ossingen zu.

Nach der Karte mußte das alte Schloß in dieser Richtung liegen. Morgen sollte er mit den Genossen hier einziehen — morgen die Beratungen beginnen — wär's nur schon morgen!!

Eine ungeduldige Erwartung spricht sich in seinem Gesichte und in seiner Haltung aus.

Wir wissen es ja, er ist der Sache mit Leib und Seele ergeben, all' sein Denken und Sinnen ist damit verknüpft und verwoben, Alles in seinem Leben scheint sich darauf zu beziehen, Alles ihn dafür zu bilden und vorzubereiten. Er ist der Typus eines Kämpfers und ungetheilt hat er sich bisher seinen Bestrebungen hingegeben.

Aber heute tauchen noch andere Gedanken in ihm auf und rein persönliche Empfindungen wollen sich seines Herzens bemächtigen.

Er macht wohl eine ungeduldige Bewegung mit der Hand, als wolle er sie verschleiden und sagen: „Geht, geht, heute nicht, laßt mich los, ich kann Euch heute nicht brauchen.“ Aber sie lehnen sich nicht daran, auch sie sind rebellisch. Und er giebt den Widerstand auf und überläßt sich willenlos den hereinbrechenden Wogen.

Er vergegenwärtigt sich jedes Wort, das Helene zu ihm gesprochen, ihr Lächeln, den Blick ihrer Augen... und eine tiefe Sehnsucht erwacht in ihm, für die er keine Worte findet, nur Seufzer. Warum macht sie es ihrem alten Freunde so schwer, sich ihr zu nähern?! Aber war sie nicht seinetwegen in die Versammlung gekommen? — dann hätte sie auch gewartet, bis es ihm möglich gewesen wäre, zu ihr zu kommen... freilich, es dauerte verzeihlich lange, ehe es ihm gelungen war, sich von all' den Händen zu befreien, die sich ihm freundschaftlich zu festem Druck entgegenstreckten.

(Fortsetzung folgt.)

die Blümchen-Patrioten Reinen, den sie nicht haben — oder doch packen können.

Daß die sächsische Zweite Kammer den Nothschrei der 42 Blamirten der Regierung bloß „zur Erwägung“ empfohlen hat, ward schon gemeldet. —

Nicht bloß seine Arbeitskraft, sondern auch seine politische Befähigung und die freie Wahl seiner geselligen Bedürfnisse soll der Arbeiter gegen einen Hungerlohn verkaufen, so will es König Stumm und die, die ihn nach-eifern. Das Neueste in dieser Richtung ist die Meldung der „Saar-Zeitung“, wonach die Aufhebung sämtlicher sogenannter Bergmannskassinos beschlossen worden ist. Die nicht austretenden Bergleute werden aus dem Grubenbetrieb entlassen.

Das ist die Freiheit des Arbeiters im Deutschen Reich. —

Von einer Dynamitexplosion, der mehrere Fenster-scheiben, sonst aber nichts zum Opfer gefallen ist, berichtet der Telegraph aus Bochum. Angeblich soll ein Arbeiter gegen das Landrathsamt geplant gewesen sein. Nähere Angaben fehlen. In Bergwerksgegenden kommt mißbräuchliche Anwendung von Dynamit öfters vor, ohne daß derselben irgendwelche politische Bedeutung beizulegen ist. —

Die österreichische Wahlreform dürfte vielleicht auch das Kabinet Windischgrätz begraben. Die von dem Ministerium geplante Wahlreform findet nicht die Zustimmung der konservativen Partei. Damit ist die Wahlreformfrage freilich nicht aus der Welt geschafft aber die Koalition der drei „großen“ reaktionären Parteien, auf die sich das Ministerium stützt, kann dadurch in die Brüche gehen. —

Eine große Kundgebung für die kirchenpolitischen Vorlagen der ungarischen Regierung fand in Budapest statt. Auf 70—100 000 wird die Zahl der Anwesenden geschätzt. —

Aus der Schweiz wird berichtet, daß bei der Volksabstimmung am Sonntag der neue Artikel der Bundesverfassung, wodurch dem Bundesrathe die Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiete des Gewerbetwesens verliehen wird, mit Mehrheit der Volksstimmen (Kantonsstimmen) abgelehnt wurde. Der Basler „Vorwärts“ ist mit dem Resultate nicht unzufrieden, da in der Form, wie die Gesetzgebungskompetenz des Bundes umschrieben wurde, nicht klar gemacht ist, nach welcher Richtung sich die Gewerbegesetzgebung in der Schweiz entwickeln soll. —

Frankreich. Wer A sagt muß auch B sagen. Eine Regierung, welche die irdische Polizei zum Schutz des Staats und der Gesellschaft braucht, kann mit der himmlischen Gendarmarie nicht in Streit leben. Und so ist es denn ganz folgerichtig, daß die französischen Minister Casimir Perier und Spuller vorigen Sonnabend in der Kammer erklärten, die Regierung wolle keinen Krieg mit dem Klerus. Der arme Gambetta wird sich im Grab herumdrehen — er, der vor 20 Jahren den Kriegsruf ins Land hineinschmetterte: Le Claccolisme c'est ennemi — der Klerikalismus ist der Feind!

Seute kann die Republik ohne den „Feind“ nicht leben.

Wie es mit der „Lödtung“ des Sozialismus durch die Bombenpolitik bestellt ist, erhebt aus der Thatsache, daß am vorigen Sonntag der sozialistische Kandidat bei der Erstwahl in Marseille 6195 Stimmen erhalten und damit gesiegt hat, während bei der allgemeinen Wahl im September vergangenen Jahres die drei sozialistischen Kandidaten in Marseille zusammen nur 2651 Stimmen erhalten hatten und damit natürlich glänzend unterlegen waren. —

Papst und Zar als Beherrscher der französischen Politik. Aus Paris wird uns unterm 4. März geschrieben: Daß Papst und Zar die Politik Frankreichs beherrschen, wird von Tag zu Tag selbst dem blödesten Auge immer klarer. Für die Sozialisten war dies von vorn herein kein Geheimniß, wie sie dies oft genug in Blättern, Versammlungen und öffentlichen Körperchaften — wir erinnern nur an den Pariser Gemeinderath — bekundet haben, wo sie all der Hege zum Trost, in der sie als Antipatrioten, deutsche Söldner, Landesverräther etc. wüthend angefallen wurden, nicht nachließen, diese Politik, die ihre Direktive von Rom und Petersburg erhält, vor aller Welt bloßzulegen und als die einer Republik unwürdige zu geißeln und zu brandmarken. Doch wurde die Einwirkung des Papstes wie des Zaren auf die Politik Frankreichs von der Regierung und ihrem Bedientenwolf bisher stets geleugnet. Nach der gestrigen Kammer Sitzung, in welcher der Minister für Kultus und Unterricht, Spuller, von dem „neuen Geist“ sprach, der die Regierung besetzt und die Versöhnung aller Bürger zum Zwecke hat, kann wenigstens nicht mehr der Einfluß des Papstes auf die französische Politik geleugnet werden. Denn nach der Rede Spuller's kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der „neue Geist“ der päpstliche Geist und die „Versöhnung aller Bürger“ eine Versöhnung der Regierung mit den Klerikalen ist. Und wenn der Ministerpräsident seinerseits wieder von der Toleranz als einem erhabenen Programm sprach, das die Aufgabe habe, die Annäherung aller Bürger und einen vollkommenen Einklang der Geister und Herzen herbeizuführen, hatte er eben auch nur die Toleranz gegen die Klerikalen im Auge. Denn wer unter dieser Toleranz und unter der „Versöhnung aller Bürger“ etwas anderes sieht, der braucht nur zu beachten, wie die Regierung Toleranz und Versöhnung gegenüber den Sozialisten übt. Und wie groß der Einfluß des Zaren auf die französische Politik ist, das hat der ehemalige Minister des Aeußern, Flourens, der so viel von der Indiskretion Anderer zu berichten weiß, dadurch verrathen, daß er einem Redakteur des „Figaro“ u. a. mittheilte, daß bei der jüngsten Besetzung des Wiener wie Kopenhagener Gesandtschaftsposten die Namen der hierfür auszuwählenden Personen vorerst dem Zaren unterbreitet wurden. Herr Develle, der jüngst abgetretene Minister des Aeußern, leugnet dies zwar, aber Flourens, der es wissen muß, erklärt im heutigen „Figaro“, daß diese Unterbreitung an den Zaren „seit lange Tradition im Ministerium des Aeußern ist“. Dem ist es wohl auch zuzuschreiben, daß Herr Bogé, der sich als hiesiger Polizeipräsident in der Besetzung der russischen Flüchtlinge so eifrig zeigte, als wäre er der Chef der III. russischen Abtheilung gewesen, zum Botschafter am Wiener Hofe ernannt wurde. Welches Wunder darum, wenn der Graf von Paris seinen Beutel enger zieht? Wo die Regierung seine Propaganda macht, braucht doch er keine eigenen Leute hierfür zu besolden. Und das sind die Leiter der Geschichte Frankreichs, das die Erben der großen französischen Revolution.

Die italienischen Finanzen sind ein Bild des Glanzes der Bevölkerung. Die Einnahmen gehen ständig zurück, so wurden im Februar um 2 Millionen Lire weniger an Zöllen und 850 000 weniger an Verkehrssteuern eingenommen.

Je wackiger eine Regierung, desto häufigere und glänzendere Vertrauensvoten. Die meisten Vertrauensvoten hat die französische Regierung erhalten, und in Frankreich sind auch die meisten Regierungen umgestürzt worden. In Italien ist's ähnlich. Der fallende Giolitti klammerte sich an Vertrauensvoten, die nicht versagt wurden — bis der Krach kam. Das Vertrauensvotum, das Herr Crispi sich vor vier Tagen geholt hat, beweist nur, daß er ein Vertrauensvotum nötig hat — und das ist ein schlimmes Zeichen politischer Gesundheit. Die Opposition gegen den famosen Finanzplan ist auch unmittelbar nach dem Vertrauensvotum wieder hervorgebrochen. Die gesamte Presse mit alleiniger Ausnahme der Regierungsblätter verurteilt ihn als einen Hohn auf die Noth des Volks. Und die konservative und liberale Presse wetteifert mit der radikalen, republikanischen und sozialistischen in der Brandmarung einer Politik, die ein Menschenalter Zeit hatte, ihre Versprechungen zu erfüllen und die keine erfüllt hat. „Unter den Bourbonen war's schlecht, aber jetzt ist es weit schlechter!“ — Das ist der Ruf, der durch das Land geht. Ist's schon das Grablied der Monarchie? —

Mit Gladstone ist der alte klassische Parlamentarismus aus dem englischen Unterhaus gegangen: dieser Parlamentarismus, der auf die hergebrachten Formen noch großen Werth legt, und eine gute Rede — im korrekten Junktstil — als ein Ereignis betrachtete. Die junge Generation ist einfacher und rücksichtsloser. Sie sieht weniger auf Kunst, als auf's Geschäft — sie ist vorherrschend praktisch. Das bürgerliche Element pfeift auf die vornehme Perrückenweisheit, und die Arbeiter pfeifen nicht bloß darauf, sondern werden, sobald sie die Macht haben, die Perrücken abreißen und — ausgeklopft oder unausgeklopft — zum Fenster hinaus oder in die Müllgrube werfen.

Die konservative Presse widmet dem scheidenden Gegner Worte der Anerkennung, die vielleicht um so ehrlicher gemeint sind, weil Gladstone, trotz all seiner radikalen Phrasen, im Grunde genommen doch durch und durch konservativ war. Trotz aller Reformen war er ein Damm gegen durchgreifende Neuerungen, und jetzt, da der Damm gefallen, kann die neue Zeit ungehindert eindringen.

Das Ministerium Rosebery ist noch nicht fertig. Die Stellenvertheilung ist schwieriger, als Anfangs geglaubt wurde. Da Rosebery im alten Kabinett Sekretär des Neuherren war, und er im neuen diesen Posten nicht behalten konnte, so galt es, einen passenden Mann für ihn zu finden, was nicht leicht war, da die Liberalen durch ihre schwächliche auswärtige Politik meistens arg kompromittirt sind. Die Wahl ist auf den 68-jährigen Lord Kimberley gefallen, der gleich Rosebery der goldenen Mittelmaßigkeit angehört und wenigstens nicht schlechter ist als ein anderer. Im Uebrigen verweisen wir auf unseren heutigen Leitartikel.

Der spanisch-marokkanische Konflikt ist beendet. Marokko zahlt an Spanien ca. 16 Millionen Mark Entschädigung für die Kriegskosten.

In den Vereinigten Staaten, dem einstigen „Paradies der Bauern“, sind nach dem neuesten Zensus die Farmer dermaßen verschuldet, daß über ein Drittel des Landes nicht den Farmern, sondern den Hypothekengläubigern gehört. Die Gesamthypothekenschuld beträgt sechsunddreißig Prozent des gesammten Landwerthes. Und die Verschuldung wächst reißend. Was sagen die Herren Antisemiten dazu? Jüdisches Kapital giebt's in Amerika nicht — außer in christlichen Händen — wohl aber viele tausend jüdische Proletarier.

Bellamy, der berühmte Verfasser des Looking backward (Rückblicks), hatte bekanntlich den wunderlichsten Einfall, seinen Roman für erst und sich selber für einen Politiker zu halten. Er gründete eine „Partei“, die eine Zeit lang viele Mitglieder, und ein Blatt, das eine Zeit lang viele Leser zählte. Allein für Romane hat die bürgerliche Gesellschaft nur auf dem Büchertisch Platz — nicht in der Wirklichkeit. Und so ist denn das Blatt Bellamy's eingegangen, nachdem seine „Partei“ schon vorher verduftet war. Mit der Phantastie wird die soziale Frage nicht gelöst, der Emanzipationskampf des Proletariats ist kein Roman, und wer die Uebel der kapitalistischen Gesellschaft ausrotten will, der hat sich einzureihen in die Armee der Sozialdemokratie. Will er das nicht — dann bleibe er lieber zu Haus.

Warnung für deutsche Landarbeiter. In der „New-Yorker Handelszeitung“ vom 24. Februar finden wir eine Notiz mit der Ueberschrift: „Verlangt 50 000 deutsche Farmarbeiter.“ Die Pflanzer im Mississippi-Thale haben mit der freigelassenen Negern — so heißt es — schlechte Geschäfte gemacht, und seit Jahren haben sie es mit italienischen, schwedischen und norwegischen Arbeitern versucht, aber damit keinen Erfolg gehabt. Die Italiener verzogen sich schnell in die Städte, und den Skandinaviern war das Klima zu heiß. Dagegen haben sich deutsche Landarbeiter sehr gut bewährt — so gut, daß die Illinois Centralbahn, die längs ihrer Linien viele tausend Acres Land besitzt, jetzt 50 000 deutsche und holländische Landarbeiter einführen will und zu diesem Zweck „eine Menge Agenten“ nach Deutschland und Holland geschickt hat.

So die Mittheilung der „New-Yorker Handelszeitung“, die ohne Zweifel gut unterrichtet ist. Die Seelenverkäuferei ist also unter der Hand schon im vollen Gange und die Werber werden alle Künste der Verlockung spielen lassen.

Wägen die deutschen Arbeiter auf der Hut sein! Ihre sollen Arbeit verrichten, für welche die Neger nach ihrer Freilassung sich nicht hergeben wollten. Sie sollen Arbeit thun, zu der freie Arbeiter bisher nicht zu haben waren. Und aus sehr guten Gründen. Das Mississippithal ist mumpfig und fieberreich — das Gelbe Fieber ist da zu Haus — und der Deutsche kann dort ebensowenig fortkommen wie die Schweden und Norweger. Selbst die Italiener, denen das Klima, weil sie an Hitze gewöhnt sind, weniger wehthut, haben es zu ungesund gefunden. Da soll denn der Deutsche, als der Allerweltspackesel, an Stelle der ehemaligen Negerflaven treten, und die Arbeiten verrichten, für die sogar die freien Neger sich zu gut hielten. Die Chinesen-Einfuhr ist verboten — und ist

man denn auf deutsche Kulis verlassen. An goldenen Versprechungen wird es nicht fehlen. Aber im Paradies, das dort blühen soll, herrscht der Tod und die Slaverei — und aus der Slaverei giebt es kein Entrinnen, als durch den Tod!

Also seid auf der Hut, Ihr deutschen Landarbeiter! —

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission beendete in ihrer heutigen Sitzung die Beratung des Marine-Etats; die Regierungsforderung für die erste Rate eines Trockendock in Kiel im Betrage einer Million Mark wurde trotz eingehender Befürwortung des Staatssekretärs der Marine einstimmig abgelehnt, weil die Kommission der Meinung war, daß die Marine noch ohne dieses Dock auskommen könne.

Eine längere Zeit nahm die Erörterung der Forderung auf Einsetzung der ersten Raten für Schiffsbauten, die zum Ersatz für ältere, nicht mehr kriegsfähige Schiffe bestimmt sind, in Anspruch. Gefordert sind 3 Ersatzbauten mit ersten Baukosten von 3 200 000 M., wobei ein Engagement von etwa 86 Millionen Mark eingegangen wird.

In der umfangreichen Diskussion über diese Etatstitel theilte sich in zustimmendem Sinne die Redner des Zentrums, sowie der konservativen und nationalliberalen Partei, während von den freisinnigen und sozialdemokratischen Rednern energischer Widerspruch erhoben wurde, daß eine Vermehrung der Flotte unter dem Titel von Ersatzbauten vorgenommen wird. Der Staatssekretär für die Marine gab auf Anregung eines Mitgliedes der Kommission die Erklärung, daß die Marineverwaltung bemüht sein werde, die Kontrolle und Beaufsichtigung der Schiffsbauten noch wirksamer als bisher zu organisieren, damit Unfälle, wie sie leider auf der „Brandenburg“ vorgekommen sind, vermieden werden.

Hierauf wurden die beantragten Ersatzbauten bezgl. die ersten Baukosten mit 13 gegen 8 Stimmen bewilligt.

Die Kommission erledigte noch einige im Rhythmus gebliebene Titel und setzte hierbei 200 000 M. von den Einnahmeverpflichtungen ab, ein Abstrich, der mit den billigeren Lebensmittelpreisen motivirt wurde.

Die nächste Sitzung zur Beratung des Etats der Reichs-Eisenbahnen findet morgen Vormittag statt.

XIII. Kommission. Deutsch-russischer Handelsvertrag. In der Sitzung am Dienstag, den 6. März, wurde der Artikel 20, welcher die Dauer des Vertrags auf 10 Jahre festsetzt, nach längerer Debatte angenommen. Während der Referent Abg. Müller die Wichtigkeit der längeren Vertragsdauer hervorhob, meinte der Korreferent Abg. v. Frege, die Industrie könne selbst kein Interesse an einer langen Dauer des Vertrags haben. Die Abgg. v. Hammerlein, v. Montessell und v. Frege beantragten, den Vertrag mit einjähriger Kündigung abzuschließen. Dieser Antrag wurde mit allen gegen 6 Stimmen der Konservativen abgelehnt und darauf Artikel 20 mit 14 gegen 9 Stimmen genehmigt. 6 Kommissionsmitglieder fehlten. Bei der Beratung der Tarifpositionen, nach welchen die deutschen Produkte bei ihrer Ankunft in Russland verzollt werden müssen, erklärte der konservative Abg. Holz, der ein grundsätzlicher Gegner des Vertrags ist, daß die für Ost erzielten Zollermäßigungen für den Kreis, welchen er im Reichstage vertritt, sehr werthvoll seien. Die Veranlassung des Artikels Dopen wurde auf Antrag des Abg. Benzmann bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt, um einem Kenner des Dopenbaues Gelegenheit zu geben, sich an den Verhandlungen betheiligen zu können. Bei der Resolution für Jement gab der agrarische Abg. v. Salich der Befürchtung Ausdruck, die Russen könnten eben mit deutschem Jement ihre Festung zu billig bauen, er sand den Zollfuß nach Russland zu niedrig, während sonst die Herren Agrarier immer behaupten, die russischen Einfuhrzölle seien zu hoch. Eine längere Debatte entstand sodann noch über den Kohlenzoll. Vom 1. Januar 1888 kann Russland den Kohlenzoll ändern; derselbe muß aber bei der Einfuhr zu Lande ebenso wie bei der Einfuhr zur See gestaltet werden. Dadurch ist Deutschland nicht ungünstiger wie England gestellt. Der Referent meinte, wahrscheinlich werde Russland den Kohlenzoll im Interesse seiner Industrie später noch mehr herabsetzen. — Wenn alles unnütze Gerede vermeiden wird, kann die Kommission in zwei Sitzungen ihre Arbeit beenden haben. Sehr langsam werden die Verhandlungen durch den Referenten Abg. Müller gemacht, der alles das, was die Regierung in ihrer Denkschrift bereits angegeben hat, noch einmal in breiter Weise wiederholt. Herr Müller scheint der Meinung zu sein, daß er der Einzige ist, welcher die Denkschrift gelesen hat.

Parteinachrichten.

Partei- und Parteibeiträge. Auf dem Parteitag für Bremen und die benachbarten Wahlkreise, der am 4. März in der Vereinshalle zu Bremen stattfand, wurde auch die Lage der Parteipresse zur Sprache gebracht und dabei speziell auch des in Bant erscheinenden Wochenblattes „Nordwacht“ Erwähnung gethan.

In dem Berichte der „Norddeutschen Volksstimme“ lesen wir darüber folgendes:

„Redner (Brühns-Bremen) geht dann auf die „Nordwacht“ ein. Die Bestrebungen auf Gründung von Tagesblättern seien nicht zurückzuführen. Mit der Gründung des „Sozialdemokraten“ sei er dagegen nicht einverstanden; derselbe bringe sowohl den Wochenblättern wie den Tagesblättern der Partei Schaden. Zum Schluß nimmt Redner die „Nordwacht“ gegen die Angriffe Payer's in Schutz.“

Payer-Dehmenhorst kommt nochmals auf seine Beschwerden zurück und hält dieselben aufrecht. (Es handelt sich um eine Einsetzung, welche nicht rechtzeitig Ausnahme fand.)

Danerlamp-Gesetzgebungs begrüßt es mit Freuden, wenn die „Nordwacht“ aufrecht erhalten werden könnte. Wenn auch die Parteileitung bei Bewilligung von Zuschüssen an die Parteipresse nicht so freigebig sei, so hoffe er doch, daß sie sich in diesem Falle nicht ablehnend verhalten werde. Bezüglich des von Payer angeführten Falles bemerke er, daß, wenn seit der Einsetzung des Berichtes schon drei Wochen verstrichen seien, so wäre es nicht mehr wie in der Ordnung, wenn der Einsender sich inzwischen einmal um Anstund an die Redaktion gewendet hätte. Im übrigen hoffe er, daß die Wilschmischung, die anfangs in Dehmenhorst gegen die „Nordwacht“ herrsche, nicht in weitere Kreise getragen, sondern verschwinden würde und daß man in Zukunft mit allen Kräften dahin strebe, dem Blatte neue Leser zuzuführen.

Stenzel-Bant erklärt noch, daß ein Zuschuß für die „Nordwacht“ jetzt nicht erforderlich sei.

Folgende Resolution findet einstimmige Annahme:

„Der Parteitag erachtet die „Nordwacht“ als ein vorzügliches Agitationsmittel, insbesondere für die ländlichen Kreise und wünscht daher, daß die „Nordwacht“, deren Bestand durch die Gründung von Tagesblättern lokalen Charakters sehr gefährdet erscheint, durch finanzielle Unterstützung seitens der Parteileitung der Partei und unserer Sache erhalten bleibe.“

Wir möchten zu dieser Darstellung doch ein paar Worte bemerken. Was des Genossen Brühns Bedenken gegen den Sozialdemokraten betrifft, so erledigen sich dieselben durch den Hinweis, daß der „Sozialdemokrat“ auf Grund eines Parteitagbeschlusses ins Leben getreten ist. Wie sehr damit einem in der Partei vorhandenen Bedürfnisse entsprochen wurde, zeigt wohl am besten die Thatfache, daß in den wenigen Wochen, wo das Blatt be-

steht, die Zahl der Abonnenten desselben bereits das 10. Tausend überschritten ist.

Was aber die Unterstützung der lokalen Parteiblätter aus der Zentralkasse betrifft, so scheinen einzelne Genossen nachgerade zu vergessen, daß die Parteileitung das wieder für Parteizwecke ausgeben kann, was ihr vorher zu diesem Behufe aus Parteikassen zur Verfügung gestellt wird. Ueber die Schätze Indiens verfügt die Parteileitung nicht und bekanntlich lassen sich auch die tiefsten Brunnen ausschöpfen.

Wenn deshalb die Delegirten auf dem Bremer Parteitag sich vorher aus den monatlich von unserer Parteikasse veröffentlichten Quittungen über die eingegangenen Parteibeiträge überzeugen hätten, wie schwach dort speziell der Bezirk des Parteitags vertreten ist, vielleicht wäre dann der Beschluß betr. der „Nordwacht“ etwas weniger positiv ausgefallen.

Wir haben uns die Mühe gemacht und haben die drei letzten Quittungen der Monate November, Dezember und Januar durchgesehen und fanden wir darin den Parteitag's Bezirk mit nachfolgenden Posten vertreten: November: Bremerhaven 8,83; Dezember: Dehmenhorst 2,85.

Die Genossen werden zugeben, daß diese Thatfahen doch zu denken geben.

„ber die Auflösung des Ronsdorfer „Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins“, über die wir f. Z. berichteten, wurde am 5. d. M. vor der Strafkammer zu Ebersfeld endgültig entschieden. Nachdem am 22. September das Amtsgericht Lennep unter Verurteilung der Vorstandsmitglieder zu 20 bezgl. 15 M. die Schließung bestätigt hatte. Der Verein, der vor kaum Jahresfrist zur Betretung der geistigen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder“ gegründet wurde, soll gegen das Vereinsgesetz verstossen haben, indem er sich mit Politik befaßt habe. Das sollte aus Vorträgen hervorgehen, die aber gar nicht im Verein, sondern in öffentlichen Frauen-Veranstaltungen gehalten worden waren. Weiter sollten die „politischen Bestrebungen“ des Vereins auch dadurch „bewiesen“ sein, daß die Vorsitzende eine Agitationsreise gemacht und während der Wahl Flugblätter vertheilt habe. Das Urtheil lautete auf Befähigung der Strafe von 20 M. gegen die Frau Kormannhaus und von 15 M. gegen die vier Anderen. Auch wurde die Schließung des Vereins bestätigt, da es als „außer Zweifel stehend“ erklärt wurde, daß derselbe von Anfang an eine politische Tendenz gehabt, und nur die Mitglieder zur Unzufriedenheit gegen die bestehenden Zustände habe aufreizen sollen.“

Die Verhandlungen zeigten übrigens, wie es um unser vielgerühmtes Briefgeheimniß bestellt ist. Ein Brief der Frau Grimpe war in die Amtsfinger des Stadtsekretärs zu Ronsdorf gelangt und eine Abschrift davon dem Anklagenmaterial beigelegt. Auf die Frage des Verteidigers, Rechtsanwält Landö, wie der Brief in die Hände des Stadtsekretärs gekommen sei, wurde die in solchen Fällen stereotype Antwort erteilt, daß die Aussage darüber mit Berufung auf die Amtsverschwiegenheit verweigert werde. — Eine famose Einrichtung dieses „Amtsgeheimniß“. Der Beamte kann also jedes Unrecht — um und ganz mißdeutend — begehen, um es dann durch seine „Amtsverschwiegenheit“ zu decken. Er und seine Helfershelfer können alles Mögliche gegen den Angeklagten schenken, will man sie lassen, sollen sie beweisen, so gieben sie sich hinter ihren „Amts-“, ihr „Amtsgeheimniß“ zurück. Auf die bloßen Aussagen von Polizeibeamten hin, gedrückt durch den „Amts-“, sind bekanntlich schon mehrfach die schärfsten Verurtheilungen von Sozialdemokraten versucht und auch herbeigeführt worden und daher der Name — Rechtsstaat.

Gemeinderathswahlen. Bei den am 1. März in Salza, Kreis Nordhausen, stattgefundenen Gemeinderathswahlen waren sieben von 3 Sitzen, die neu zu besetzen, 2 den Sozialdemokraten zu; der dritte Genosse unterlag gegen 1 Stimme Majorität.

Die Neuwahlen der Arbeiter-Beiräthe zum Münchener Gewerbegericht fanden am Montag statt. Die letzte Wahl, bei der die sozialistische Liste gestiegen hatte, war bekanntlich für ungültig erklärt worden. Diesmal nun sind die Sozialdemokraten dem vereinigten Wilschmisch unterlegen. Der Kampf muß ein sehr erbitterter gewesen sein, denn der Wilschmisch siegte mit 1672 Stimmen über unsere Parteigenossen, welche es auf 1183 Stimmen brachten. Bei der ersten Wahl kamen die Gegner auf nur 891 Stimmen, währenddem die sozialdemokratische Liste 409 erhielt. „Alles, was auf die Beiräthe gebracht werden konnte, so schreibt die Münchener Post“, wurde pünktlich geschleppt. In holder Eintracht wackelten hochliberale Kommerzienräthe und stark abgemagerte, sonst „gut“ gekümmerte Fleischtreiber und andere Gewerbetreibende heran, um die in allen treu gesunkenen Blättern geschilderte Ehre des Münchener Gewerbebestandes, als auf dem Spiele stehend, die Ordnung der lieben Vaterstadt vertheidigen und retten zu helfen.“

Bei den am 5. Februar in Weizenburg (Necklenburg) stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen erhielt im ersten Wahlgang von 198 abgegebenen Stimmen Genosse Garber 87, Mühlenscheider Hinfelmann 73, Delonon Haupt 29, zerstückelt waren 9 Stimmen. In der Stichwahl unterlag jedoch Garber. Ist für dieses Mal unsererseits der Sieg auch noch nicht ernten, so ist doch das Resultat ein erfreuliches. Von Bedeutung für diese Wahlen ist, daß nur Bürger, welche das Bürgerrecht für klingende Münze erworben, wahlberechtigt und wählbar sind und daher die große Masse „nix to seggen“ hat.

Lobensliste der Partei. In London starb am 1. d. M. nach jahrelangem sehr schwerem Leiden der Genosse Adam Weiler im Alter von 69 Jahren.

Er war wohl 20 Jahre für die Befreiung der Arbeiter aus der politischen und ökonomischen Knechtschaft thätig, diese unermüdbare, aufreizende Thätigkeit hier in England, nicht nur unter den Deutschen, sondern auch unter den Engländern seiner Gewerkschaft, sowie auf den nationalen und internationalen Kongressen, sichert ihm bei Allen ein dauerndes Andenken.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Ueber den Begriff: Versammlung scheinen die Gerichte ganz neue Anschauungen sich zu eigen machen zu wollen. In Welken i. M. wurde im April v. J. eine Kommission ernannt, die sich mit der Einführung der Tabakkontrolle beschäftigten sollte. Um die Tabakindustriellen von Oranienburg zur Einführung zu veranlassen, hatte die Kommission sich brieflich an diese gewandt und sie zu einer Besprechung eingeladen. Als die Betreffenden in einer Gastwirtschaft vereinigt waren, erschien plötzlich ein Genosse und „löste die Versammlung auf“. Anwesend waren 5 Personen; alle erhielten ein Strafmandat von 18 M., gegen das sie Berufung einlegten. Das Amtsgericht Oranienburg entschied im Sinne des Strafmandats, ebenso das Landgericht II Berlin und schließlich auch das Kammergericht. — Das Kammergericht besagt, daß „eine nicht allzu kleine Zahl“ von Personen dazu gehöre, um eine Versammlung bilden zu können. Hier waren also 5 Personen anwesend, es fehlte auch jedes sonstige Merkmal einer Versammlung, wie Vorstehender a. f. w. Ueber obige Auffassung des Gerichts über den Begriff Versammlung allgemein, so wurde bald jede Kommissionssitzung, schließlich auch jedes politische Gespräch am Bierisch zu einer Versammlung gestempelt werden können.

Für den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 7. März.
Opernhaus. Die Medici.
Schauspielhaus. Die Hermanns-
schlacht.
Deutsches Theater. Der Herr
Senator.
Berliner Theater. Naxos.
Festung-Theater. Madame Sans-
Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Die Brautjungf.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Vermischte Anzeigen.
Neues Theater. A Basso Porto.
Central-Theater. Ein gesunder
Junge.
Adolph Ernst-Theater. Geschlossen.
Viktoria-Theater. Der Südhorn.
Alexanderplatz-Theater. Das
Heiraths-Bureau. Hierauf: Char-
ley's Tante.
National-Theater. Die blonde
Gina.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger.
American-Theater. Lumpen- u. Su-
sanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Walkner-Theater. Mauerblümchen.
Wintergarten. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.
Novität:
Die blonde Gina.
Volksstück mit Gesang in 1 Akt von
Julius Reue. Musik: Ad. Wiedede.
Regie: Rhode Ebeling.
Hierauf:

„Die Weber“.

Schauspiel in 4 Akten v. Carl Peters.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.

Sofie Burska.

Morgen: Casspiel der Frau
Sofie Burska.
Novität: **Ella.** Novität:

Dramatische Phantastie in einem Aufzuge
von Henry John Smith. Musik: Paul
Lorberg.
Hierauf:

Wildfeuer.

Lustspiel in 3 Akten v. Friedr. Galm.
Novität: **Ein gesunder Junge.** Novität:

Poffe mit Gesang und Tanz in 3 Akten
von Jean Kren.
Musik von Julius Einödhofer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Am Mittwoch, den 7. d. M.,
findet eine Aufführung von
Charley's Tante

mit den Mitgliedern des Adolph
Ernst-Theaters im Hoftheater zu
Gotha statt; die Vorstellung fällt
daher an diesem Tage hier aus.

Der Bilet-Vorverkauf zu den
nächstfolgenden Tagen findet ununter-
brochen von Vormittags 10 Uhr ab
an der Theaterkasse statt.

Donnerstag, den 8. März:
Charley's Tante. Vorher: **Die
Sajassl.**

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
**Spezialitäten-Vorstellung
und Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftreten der Ballet-Gesellschaft
Columbia (10 Damen), Ballet-
meisterin Rosa Prioka.
Auftreten der Elite-Parterre-
Akrobaten u. Pantomimtruppe
Hermandez.
Im Mädchen-Pensionat.
Romische Pantomime mit Ballet.
The Willon's, Doppel-Jongleure.
Jois di Dios, Kostüm-Soubrette.
Geschw. Howala, Duettstimmen.
G. Cordes, Gesangs-Humorist.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entrée Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:

Lumpensusanne

oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Müllwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
ein schon geprüftes Mädchen

Franziska Häser.
Die Bombe, Aftersvermietherin im Müll-
winkel des „Sonnenaufgangs“
Josephine Delouisour.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit Martin Bendix.

Täglich: Aufstehen des
besten Bauredners d. Jetztzeit

H. Blank.

Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
von Martin Bendix,
sowie Eugen Focher, Sächsischer
Original-Humorist, Alfred Bender.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Freitag, den 9. März 1894:
Benefiz für Alfred Bender.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Welt u. größt. Etablissement Berl.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree

der ersten Wiener Damenkapelle
„Dittl“
und Aufstehen von

Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.

Täglich Auftreten der
Miss Webb,

Laubentönigin,
mit ihren 24 dressierten Lauben.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entrée 30 Pf.
3 Regalbahnen, 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.

C. Koch, jr. Gambinus.
**Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten**

sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

„Sanssouci“

Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 8. März cr.:

Stettiner Sänger

Anfang
8 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Im Vorverkauf
40 Pf.

Sanz neues
Programm!
Freitag: Viktoria-Frauerl.

Circus Renz.

(Friedrichstraße.)
Mittwoch, den 7. März cr.:

Abends 7 1/2 Uhr:
Auf auf zur fröhlichen Jagd!

Parforce- u. Kaschadenritt. Ballet von
100 Damen. Reute von 40 Hundten.
Außerdem: Der ostpreussische Heugst
Blondel, vorgef. von Herrn R. Renz;
Mikado u. d. Steiger Solon, ger. von
Frau Renz-Stark; das Schulpferd
Kandelaber, ger. v. Herrn Ernst Renz;
d. itarischen Spiele in d. Luft, ausgef.
von der Troupe Dainoff; die hervor-
ragenden Handakrobaten Gebr. Detrott;
Mr. Lavater Lee, u.

Donnerstag: Auf auf zur fröhlichen
Jagd! Fr. Renz, Direktor.

Castan's Panoptikum.

Neu! Eine Neu!
Vision:

Psammenit,
der lebende Mumienkopf.

Berl. Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg:
55. Bock-Saison.
Täglich:
Gr. Militär-Concert.

Orts-Frankenkasse der
Steindruckerei u. Lithographen, Berlin.
Am 4. März cr. verstarb unser Mit-
glied, der Kupferdrucker Herr

August Krafft.
Die Beerdigung findet am Mittwoch,
den 7. März cr., Nachm. 4 Uhr, von
der Bernauerstraße 27 nach dem Zions-
kirchhofe in Weissenhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
2167b **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Theilnahme, die zahlreichen Kranz-
spenden und die so sehr rege Be-
theiligung bei der Beerdigung meines
mir unergötlichen lieben Mannes
Oskar Feige
meinen tiefgefühltesten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Mario Feige nebst Kindern.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passago.)
Cravatten-Schulze
und sämtl. Spezialitäten.
In Vorbereitung:
Bummel-Fritze.
Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf.
R. Winkler.

Passage- Panopticum.

Die
Glocke
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

Nur noch wenige Tage.
Präuschers anat. Museum
täglich von früh 9 bis 10 Abends für
erwachs. Herren. Dienstag u. Freitag
Damentag.
Schluß **Sonntag, den 1. April.**
unwiderruflich:

Martens' Salon

236. Friedrichstraße 236.
Empfehle meine Säle zu Verjam-
mlungen und Privat-Festlichkeiten.

Schmiedel's Festsäle,

Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle
zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

Dann's Spezial- Trauer-Magazin

Neanderstraße 38
empfiehlt
sämmliche Artikel zur Trauer.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Musikinstrumente.

Alle Blas-, Streich- u. Schlag-
instrumente, **Spieldosen**,
u. Drehen u. selbstspielend,
Musik-Automaten
fertigt **Aug. Kessler,**
51. Raupacherstr. 51.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Sig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand,
in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfoorn) wieder
vorrätig.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4495L
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämmliche im Handel
befindl. Rohabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Berlin.
Außerordentliche General-Versammlung
Mittwoch, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstraße Nr. 77-79:
Tagesordnung:
1. Wie stellen sich die Mitglieder zu den von den Unternehmern
geforderten Nebenarbeiten, wie Holzabtragen u. s. w.? Referent: Kollege
Biedemann. 2. Diskussion. 3. Die Konferenz der Zahlstellen der Provinz
Brandenburg in Kottbus am 26. und 27. März, ev. Wahl eines Delegierten.
4. Verbandsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
432/12 **Die Ortsverwaltung.**

Versammlung des Vereins sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche Berlins

am **Donnerstag**, den 8. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, in Feind's Lokal,
Weinstraße 11. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Frig Hansen
über: „Der Proletarier im Altertum und in der Neuzeit.“ 2. Diskussion.
3. Wahlen der Revisoren. 4. Gewerkschaftliches. Außerdem erfolgt die Bilet-
Ausgabe zu unserem am 1. Osterfeiertag stattfindenden Vergnügen. — Der
wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der
Versammlung zu erscheinen. Gäste sind sehr willkommen! **Der Vorstand.**
Die Bibliothek befindet sich beim Kollegen **Beniger**, Greifswalder-
straße 226, Hof Quergeb. 3 Tr. — Der unentgeltliche Arbeitsnachweis sämt-
licher in der Branche arbeitenden Personen, als da sind Plätterinnen, Näge-
rinnen, Wäscherinnen, Stärkerinnen, Stempferinnen, Zuschneider, Holzleute u.
befindet sich bei **Deiter**, Holzmarktstraße 3. 384/19

Orts-Krankenkasse für das Tapezire-Gewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 11. März, Vormittags 10 Uhr:
Arminhallen, Kommandantenstraße 20: bei **Wolter**, Klosterstraße Nr. 55-57:
Wahl von 22 Vertretern der Kassen- | Wahl von 10 Vertretern der Arbeit-
mitglieder zur Generalversammlung. | geber zur Generalversammlung.
Quittungsbuch legitimirt.
Bitte pünktlich zu erscheinen, da die Wahlhandlung um 12 Uhr
geschlossen wird. 21686

Achtung!

Vorversammlung am Donnerstag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr.
in den Arminhallen. Tagesordnung: 1. Wie stellt sich unsere Krankenkasse
zu der geplanten Zentralisation der Orts-Krankenkassen Berlins und Um-
gebung? 2. Aufstellung der Kandidaten zu der am Sonntag, den 11. d. M.,
stattfindenden Wahl. Quittungsbuch legitimirt. Um recht zahl-
reiches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Schöneberg.

Große öffentliche Volks-Versammlung
Donnerstag, den 8. März 1894, Abends 8 Uhr,
im Saale der Schlossbrauerei.
Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage. Ref.: Reichstags-
Abgeordneter **August Sebel.** 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten
zur Gemeindevwahl.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlng statt.
479/12 **Der Einberufer.**

Achtung, Rixdorf!

Parteienossen und Genossen!
Heute, Mittwoch, den 7. März, Abends 8 Uhr:
Große öffentliche Volks-Versammlung
im Lokale des Herrn **Gröpler**, Bergstraße Nr. 129.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der sozialdemokratischen Gemeindevertreter über ihre Thätigkeit.
2. Diskussion.
3. Proklamirung der neu zu wählenden Kandidaten der dritten Abtheilung.
Es ist Pflicht aller Kommunalwähler, in dieser Versammlung zu
erscheinen. 479/11
Die Vertrauensperson: R. Köppen.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Beuthstr. 2, Berlin SW.
Soeben ist erschienen:
Wider Gottes- und Bibelglauben.
Zwei Schriften von Dr. A. Douai.
I. ABC des Wissens für die Denkenden. II. Eine Antwort
an die Befenner des Theismus.
Preis: 30 Pfg. Porto 5 Pfg. Wiederverkäufern Rabatt.
Vom Standpunkt der naturwissenschaftlichen Erfahrungen aus legt
der Verfasser in dieser Schrift in einzelnen Kapiteln (Gott, Un-
sterblichkeit, die menschliche Willensfreiheit) die Unhaltbarkeit der
„Beweise“ dar, die von den Vertretern des Gottes- und Bibel-
glaubens für das Dasein eines persönlichen Gottes und den gött-
lichen Willensakt der Welt schöpfung angeführt werden.

Zweite Auflage von Antisemitismus und Sozialdemokratie.

Von **A. Bebel.**
Preis: 20 Pfg. Porto 3 Pfg. Wiederverkäufern Rabatt.
Um den Bestellern die Nachnahmegebühren zu ersparen,
bitten wir bei kleineren Bestellungen den Betrag der Bestellung
gleich beizufügen, bei größeren per Postanweisung vorher ein-
zusenden. 444/1

Zum 18. März

erscheint das „Volksblatt“, Organ für die arbeitende Bevölkerung, auf
rothem Papier
gedruckt in einer der Bedeutung des Gedentages entsprechenden Extra-
Nummer. Einzelpreis 15 Pf. Wiederverkäufern hoher Rabatt.
Bestellungen werden baldigt erbeten an die
Expedition des „Volksblatt“,
Berlin SW., Beuthstraße 2. 57402

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

64. Sitzung vom 6. März 1894, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Nieberding, Bronsart von Schellendorf.

Die zweite Verathung des Gesetzentwurfs betr. den Schutz der Vriestauben wird auf Antrag des Abg. Benzmann abgelehnt und die Vorlage an eine besondere Kommission von 7 Mitgliedern verwiesen.

Darauf wird die Verathung des Militäretats fortgesetzt. Zur Debatte steht Kap. 24 der Ausgaben „Geldverpflegung der Truppen.“

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: In einer Zeitung, die mich wegen meiner Rede über den Fall Kirchhoff angegriffen hat, finde ich heute einen Artikel, der ausdrückt, daß die Zeitung meine Ausführungen milder aufzufassen, weil ich meine Reue wesentlich eingeschränkt und abgeschwächt hätte. Das ist mir garnicht eingefallen und ich denke auch garnicht daran, ein Wort davon zu streichen oder abzuschwächen, ich habe mich nur dagegen verwahrt, daß man mich hinstellt als einen Vertreter des Faustrechts. Ich habe ausdrücken wollen, daß wer einen Anderen angreift und sich an ihm vergreift, ungefährlich handelt und daß dies strafbar ist, daß man aber unter Umständen demselben mildernde Umstände zubilligen muß. Ich habe nach dem hienographischen Bericht wörtlich gesagt: „Wer sich an einem Andern vergreift, der wird bestraft, und das ist auch ganz in der Ordnung.“ Ferner heißt es in dem Schreiben des „Berliner Tageblatts“ unter Nr. 5: „Niemand ist in unserm Prozeß von uns ein Wahrheitsbeweis über Vorgänge verweigert worden, an die man nach der Rede des Kriegsministers denken muß, sondern nur über die behaupteten Thatsachen, die, jede für sich genommen, nicht geeignet war, einen Mafel auf die Familie des Generals Kirchhoff zu werfen. In dem Erkenntnis aber heißt es: „Der von dem Angeklagten ev. darüber angebotene Beweis, daß die Tochter des Generals Kirchhoff sich mit dem Burschen ihres Vaters eingelassen habe, sei unerheblich, weil anzunehmen sei, daß diese Dinge auf Klatschereien zurückzuführen seien.“ Ich wundere mich über die Geduld des Papiers!

Abg. Veibel (Soz.): Ich will nur denjenigen Herren gegenüber, welche glaubten, daß der Kriegsminister seine Ausführungen vom Sonnabend gestern abgeschwächt habe, konstatieren, daß sie sich gründlich geirrt haben. Mich freut dieser Ton, er beweist, daß das System in Preußen und Deutschland dasselbe ist, welches es immer war. Bereits sechs Monate vor dem erwähnten Erkenntnis hat der Prozeß in Brandenburg gespielt und dort sind diese Fälle bereits zur Erörterung gekommen, gerade so wie hier, so daß sie also dem General bekannt sein mußten.

In dem Kapitel 24 sind auch die Zulagen von je 300 M. für 320 Kontrolloffiziere enthalten. Die Budgetkommission hat beschlossen, vorzuschlagen, daß die künftig neuernannten Kontroll-offiziere nicht mehr die Zulage, sondern dafür bei Dienstreisen die verordnungsmäßigen Reisegebühren erhalten sollen.

Abg. Veibel: Die mit der zweijährigen Dienstzeit gemachten Erfahrungen lassen es mir als zweifelhaft erscheinen, ob auch die zweiwährige Dienstzeit nicht für die Ausbildung der Mannschaften noch zu lang bemessen ist. Wenigstens bietet die kürzere Dienstzeit auch jetzt noch den Truppenteilen die Möglichkeit, eigene Militärkonsumvereine durch Soldaten verwalten zu lassen, die infolge davon sich dem Dienst gar nicht zu widmen vermögen. Andersseits geht man so weit, den Mannschaften direkt zu verbieten, ihre Bedürfnisse anderswo als bei diesen Konsumvereinen einzukaufen. So weit darf doch nicht gegangen werden; das Kaufen bei Privatpersonen muß doch den Mannschaften gestattet bleiben. Neben den Konsumvereinen bestehen massenhaft bei den Truppenteilen sogenannte Kantinen, für welche ebenfalls die Dienste der Mannschaften in umfangreicher Weise in Anspruch genommen werden. Die Ueberflüsse dieser Kantinen werden zum Theil zu Zwecken verwendet, die wir nicht billigen können, zum Theil zur Beschaffung schöner Kutschperde und Equipagen, zur Ausbesserung von Kutschern mit Wägen u. s. w. Beim 45. Regiment fand sich andererseits im vorigen Herbst ein Defizit von 18—20 000 M. Dieses Defizit soll entstanden sein dadurch, daß der Verwalter Deklaretessen zu unglaublich billigen Preisen an die Offiziere abgab. Für einen Armeekorpsbezirk sind inzwischen die Kantinen aufgehoben worden. Die Korpsverwaltung sollte doch auf eine allgemeine Reform dieses Zustandes hinwirken. Auffallen mußte in neuester Zeit die Masse von Zeitungsnutzen über die Inanspruchnahme von Mannschaften bei Treibjagden; nicht bloß Hundstuden, sondern tagelang sind ganze Bataillone und Regimenter als Treiber verwendet worden. Zu einem solchen Dienst ist kein Soldat verpflichtet. Bei Dels ist das ganze dortige Jäger-Bataillon verwendet worden; ebenso bei einer Treibjagd bei Barby, wo das 28. Infanterieregiment die Treiber stellte. Es muß also doch auch bei der zweiwährigen Dienstzeit noch sehr viel überflüssige Zeit vorhanden sein. In Berlin beschwerten sich die Bankbeamten, daß eine Anzahl Unteroffiziere der Artillerie und Bezirksfeldwebel diätarisch bei großen Banken, Diskontogesellschaft, Handels-Gesellschaft u. s. w., gegen einen Tagelohn von 250 M. beschäftigt werden. Damit wird den jungen Leuten eine ganz bedenkliche Konkurrenz gemacht; die Militärs werden mit Beträgen bezahlt, wofür kein junger Kommit selbständig existieren kann. Die Lohndiener klagen darüber, daß es immer üblicher wird, daß bei den zahlreichen Diners, welche die Offiziere veranstalten, an Stelle der früher dabei beschäftigten Lohndiener jetzt mehr und mehr Soldaten genommen werden, ob mit Extrabehaltung oder nicht, weiß ich nicht.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Mit seinem großen Interesse für die Armee verbindet Herr Veibel ein äußerst mangelhaftes Verständnis für die Einrichtungen der Armee. Militär-Konsumvereine kenne ich nicht. Die Kantinen sind sehr nützliche Einrichtungen, an der einen Stelle sind sie notwendig, an der andern nicht. Auf detachirten Forts sind sie unentbehrlich, in großen Städten nicht. Diese Angriffe sind also ganz unbegründet. Das Neueste aber ist, daß aus den Ueberflüssen der Kantinen Kutschperde gekauft werden. In Dels soll ein Defizit von 20 000 M. in der Kasse sein. Ich weiß davon nichts; wäre es vorgekommen, so würde man aus einem so kleinen Orte etwas gehört haben. Die Verwendung von Soldaten bei Treibjagden geschieht nicht auf Kommando. Die Leute thun es freiwillig, das Angebot ist stets größer als die Nachfrage. (Zustimmung rechts.) Die preussischen Jägerbataillone haben allerdings das Ehrenrecht, zu treiben, wenn Es Majestät in der Nähe ihrer Garnison Jagd abhält. Wenn ich diesen Truppen ihr Ehrenrecht nehmen wollte, könnte ich mich vor ihnen nicht mehr sehen lassen. Hat sich einmal ein Einjähriger etwas durcngelassen, ist er nicht disponirt, so wird er zu Hause gelassen. Die Soldaten lernen auch etwas dabei. (Lachen links.) Der Kampf mit aufgelöster Ordnung ist die moderne Form des Gefechts, damit hat eine Treiberlinie die größte Nützlichkeit. Hat also ein Truppenkommandeur Gelegenheit, seine Leute auf diese Weise durch 6, 7, 8 Schoungen durchgehen zu lassen, dann ist das mehr werth als Exerzier- und Turnplatz. Für die Mannschaften ist das alle 14 Tage eine außerordentliche Uebung. Und nun erst das Feldtreiben! Der Soldat bekommt dabei erst eine Idee von unfaßlichen Angriffen, wenn der Gase läuft! (Stürmische Heiterkeit.) Für die Absperrung des Grunewalds durch Militärmannschaften

sollten die Berliner dankbar sein, denn ihnen würde sonst auch mal zufällig in die Beine geschossen, wenn Treibjagd im Grunewald stattfindet. Den Leuten können wir nicht verbieten, sich Geld in ihren Kreistunden zu verdienen. Warum sollen sie also nicht in die Bankgeschäfte gehen? Große Diners geben die Offiziere nicht oft, dazu reichen ihre Gelder nicht. Mir ist es noch nicht passiert, daß bei den Diners Lohndiener aufwarteten.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Es ist eins der größten Vergnügen für die Jäger, wenn sie mal treiben können, zehn mal lieber als der langweilige Dienst.

Abg. Veibel (Soz.): Ich bin im höchsten Grade erstaunt, daß der Kriegsminister als solcher so wenig Kenntnis hat von vielen Dingen in der Armee. Er hat nicht eine Thatsache bestritten von denen, die ich vorbrachte, er hat sie nur zu rechtfertigen versucht. Er kennt keine Konsumvereine; er kann aber höchstens sagen, er kennt sie in Preußen nicht. In Sachsen sind sie bei vielen Regimentern vorhanden. Kantinen sind nothwendig auf den Forts, aber sie bestehen nicht bloß in den Forts, sie bestehen fast bei jedem Regiment, in der preussischen Armee fast 800. Sie beanspruchen eine erhebliche Zahl von Mannschaften und verursachen den bürgerlichen Kreisen starke Konkurrenz. Will der Kriegsminister diese Beschwerden nicht beseitigen, haben wir keinen Nachtheil davon. Das Volk wird desto deutlicher erkennen, daß man fortgesetzt große Theile der Armee zu Diensten benutzt, welche mit der militärischen Ausbildung nicht das Mindeste zu thun haben. Der Kriegsminister mag doch einmal eine Umfrage veranstalten, er wird erfahren, bei wie viel Kantinenverwaltungen die Ueberflüsse zum Ankauf von Pferden, Wägen u. s. w. verwendet sind. Hoffentlich werden künftig in das Exerzierreglement Bestimmungen über die Theilnahme an Treibjagden hineingefügt werden, mit solcher Begeisterung hat er die bildenden Einflüsse der Treibjagden geschilbert. Von der Freiwilligkeit der Meldung zur Treibjagd kann man im Ernst nicht reden; wir kennen diese Art der Freiwilligkeit. Bisher hat diese Verwendung nicht zu den dienstlichen Gespögenheiten der Armee gehört; kommt es jetzt anders, dann werde ich mich entscheiden, dann soll der Kriegsminister einmal Recht gehabt haben. Warum er dann gerade die Berliner erwähnt hat, weiß ich nicht; es ist doch Sache der Berliner, ihre Beine in Acht zu nehmen. Daß die Armee diese Aufgabe hat, wird doch der großen Majorität dieses Hauses und dem Publikum bisher fremd gewesen sein. Früher wurde doch wenigstens eine Art Beobachtung über derartige Vorkommnisse vom Bundesrathstische geübt. Es handelt sich ferner nicht um die Beschäftigung von Unteroffizieren bei Banken auf Stunden, sondern auf Tage, auf viele Tage. Diese Kräfte sind eben, weil sie durch die Armeelasse verlorren sind, in der Lage, ihre Arbeitskräfte viel billiger zu verkaufen und den Bürgern eine tödtliche Konkurrenz zu machen. Kein Bankier kann sich darauf einlassen, auf Stunden solche Leute zu beschäftigen. Es verhält sich hier ganz so, wie mit der Konkurrenz der Militärmusik. In Straßburg, einer großen Garnisonstadt, kommen allerdings Diners der höheren Offiziere häufig vor, und dort haben stets die Lohndiener auch bei Offiziersdiners servirt, sind aber durch die neue aus Preußen eingeführte Einrichtung verlorren worden.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Als nothwendig habe ich die Theilnahme der Soldaten an der Treibjagd nicht dargestellt, sondern nur als sehr nützlich.

Königl. sächsischer Major Graf Vinthum v. Eckardt bemerkt, daß die in Sachsen bestehenden Militärkonsumvereine von den Kommandeuren der betreffenden Truppenteile begründet sind, um den Truppen ihre Bedürfnisse möglichst billig und gut zu liefern. Von einer Konkurrenz ist keine Rede; sie wird auch in keiner Weise beabsichtigt. Die Kommandeure halten es für ihre Ehrenpflicht, die Ueberflüsse den Mannschaften zu gute kommen zu lassen.

Abg. Graße (Antik.) bestritt die Behauptung des Abg. Veibel, es sei unter anderem in Döbeln die Bestrafung eines Soldaten verfügt worden, der anderswo als bei dem Konsumverein eingekauft hätte.

Abg. Veibel (Soz.): Die Bemerkung wegen der Berliner schien mir allerdings wenig geistreich zu sein; wenn nun der Kriegsminister diesen Vorwurf zurückgibt, so habe ich nur zu erwidern, daß es mir nicht darauf ankommt, geistreich, sondern wahr zu sein.

Das Kapitel wird im preussischen Etat genehmigt. Beim württembergischen Etat erwidert auf eine Anfrage des Abg. Weich der

Württembergische Bevollmächtigte Oberst v. Watter: Das württembergische Kriegsministerium hat keinen Einfluß darauf genommen, daß dem Militär bei der Enthüllung eines Kaiser Friedrich-Denkmal die Theilnahme untersagt worden sei, weil bekannt geworden, daß am Fuße des Denkmals ein Kranz mit schwarz-roth-goldener Schrift niedergelegt werden sollte. Auch siehe die gleichzeitig auf der Schloßwiese abgehaltene Hofjagd mit diesen Vorgängen in keiner Verbindung. Ob der betreffende Regimentskommandeur in der gedachten Weise eingegriffen habe, sei dem Kriegsministerium nicht bekannt.

Zu den etatsmäßig aus diesem Kapitel zu bestrittenden Ausgaben gehören auch die Manöverkosten und die Entschädigungen für Einquartirungen.

Abg. Brockmann (Z.) beschwert sich über zu große Belastung armer Gemeinden seines Wahlkreises, so der Stadt Bitburg, durch die Einquartirungslast bei den Manövern. Die Zuschüsse seien viel zu niedrig, sodas schon einige Kreistage sich gezwungen gesehen hätten, besonders bedürftigen Gemeinden Zuschüsse zu geben.

Bei Kap. 25 „Naturalverpflegung“ sind im preussischen Etat an den Ausgaben für die Naturalverpflegung von 80 557 817 M. auf Grund veränderter Berechnung der Durchschnittspreise und angesichts des Sinkens der Preise für mehrere Produkte 1 702 092 M. durch die Kommission abgesetzt worden; die entsprechenden Abstriche betragen im sächsischen Etat 74 719, im württembergischen 65 220 M. Ferner sind an den Unterhaltungskosten der Magazingebäude bezw. 50 000, 3400 und 2718 M. abgesetzt worden.

Generalleutnant von Funk bittet, diese letzteren Abstriche nicht zu genehmigen, da bezwärtige Reparaturen, kleinere Neubauten und Reabstimmungsarbeiten dauernd nothwendig seien.

Abg. Hammacher (natl.): Mit diesem Abstrich führen wir keine Ersparnis, sondern eine Vermehrung der Ausgaben herbei, da der Abstrich die Unterlassung nothwendiger Reparaturen und kleiner Neubauten zur nothwendigen Folge haben muß, die Konsequenz davon aber nur die Vermehrung der Ausgaben für kostspielige Neubauten sein kann.

Abg. Lingens (Z.) spricht sich mit dem Vorredner für die unverkürzte Bewilligung aus.

Auch Abg. v. Stumm (Rp.) empfiehlt die volle Bewilligung.

Abg. Richter: Ein guter Hausvater würde in einem finanziell ungünstigen Jahre einen solchen mäßigen Abstrich für selbstverständlich halten.

Generalleutnant v. Funk: Wenn Neubauten nöthig werden, können aus den verkürzten Fonds die Gelder nur durch Unterlassung von Reparaturen gewonnen werden.

Dem Kommissionsantrage gemäß wird mit geringer Mehr-

heit der Abstrich genehmigt; im übrigen wird das Kapitel b bewilligt.

Beim Kapitel „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ bemerkt auf eine Anfrage des Abg. Hammacher Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, daß auf Befehl des Kaisers er Vorschläge zu machen gehabt habe, wonach die Belastung des Soldaten durch Ausrüstungsgegenstände erheblich zu vermindern sei. Er habe Vorschläge gemacht, welche eine Verminderung um 13 bis 14 Pfund nach sich ziehen. (Beifall.) Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Garnison-Verwaltungs- und Serviswesen“ ist von der Kommission an dem Titel „zur baulichen Unterhaltung der Kasernengebäude“ u. s. w. ein Betrag von 1/2 Million an dem Gesamtbetrag von 6 823 815 M. im preussischen Etat abgesetzt worden.

Abg. Hammacher beantragt auch hier die unverkürzte Bewilligung, während

Abg. Richter für den Kommissionsbeschluss eintritt. Generalleutnant v. Funk verbreitet sich auch bei diesem Posten eingehend über die Unnothwendigkeit der vorgeschlagenen Kürzung.

Für den Antrag Hammacher tritt auch hier Abg. v. Stumm ein. Nach wiederholter Auseinandersetzung zwischen dem Generalleutnant v. Funk und dem Abg. Richter wird der von der Kommission vorgeschlagene Abstrich von der großen Mehrheit genehmigt, ebenso der entsprechende Abstrich von 50 000 M. bei dem Titel für Dienst- und Dienstwohnungs-Gebäude, bezüglichen die Abstriche in den Etats für Sachsen und Württemberg, ferner die Ausgaben für das Garnison-Bauwesen.

Beim Kapitel Militär-Medizinalwesen kommt Abg. Lingens auf die Selbstmorde in der Armee zurück und ersucht um Mittheilung einer exakten Tabelle über die Verteilung der Selbstmörder auf die Konfessionen. Das Kapitel wird bewilligt, bezüglichen die Kapitel Traindepots, Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften, Ankauf der Remontepferde, Remontedepots.

Zum Kap. 34 „Reisekosten und Tagelöhner, Vorspann- und Transportkosten“ 7 656 941 M. beantragt die Budgetkommission folgende Resolution:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: a) Einleitung zu treffen, daß die Reisekosten und Tagelöhner der Reichsbeamten, der Angehörigen des Reichsheeres und der Marine einer Regelung im Wege eines Reichsgesetzes unterworfen werden; b) dabei in Erwägung zu ziehen, auf welchem Wege für Dienstreisen auf Eisenbahnen und Dampfschiffen die wirksamste Einrichtung zu treffen ist, daß die Reisekosten mit möglicher Berücksichtigung der wirklichen Auslagen zur Vergütung kommen.

Geh. Rath Blath: Die erste Resolution bezweckt eine Abänderung des bestehenden Rechts, da die Frage bis jetzt durch Verordnung des Bundesraths geregelt wird; soweit militärische Personen in Betracht kommen, steht die Befugnis, die Tagelöhner festzustellen dem Kaiser zu. Dieses Recht ist in unbeanstandeter Geltung, ein Bedürfnis zur Aenderung vermag ich nicht zu erkennen. Der zweite Theil der Resolution hat die Sympathie der Reichsverwaltung insofern, als auch sie davon ausgeht, daß die Beamten aus Dienstreisen kein Geschäft machen sollen. Es haben in dieser Beziehung auch schon Erörterungen innerhalb der Reichsverwaltung und der preussischen Staatsverwaltung stattgefunden; ihr Ergebnis ging dahin, daß zur Zeit sich eine weitere Verfolgung dieses Gedankens nicht empfiehlt. Gegen die Annahme der Resolution hat die Reichsverwaltung aber nichts einzuwenden, da sie dieselbe Tendenz verfolgt.

Abg. Veibel (Soz.): Die Kommission hat sich in zwei Sitzungen mit der Sache beschäftigt und hat die Ueberzeugung trotz der eben gehörten Erklärung gewonnen, daß mit dem bisherigen System gedrohen werden müsse. Ueber die wirklichen Kosten dürfen die Tagelöhner nicht hinausgehen. Das jetzige System involvire eine Bereicherung der Beamten. Die Regierung hat selbst anerkannt, daß sie höhere Reisekosten nur zahle, um den Offizieren damit indirekt höhere Gehaltsbezüge zuwenden. Die Entschädigungen sind so hoch bemessen, daß an jedem Kilometer 3—5 Pfennig gespart werden können. Die Diäten sind in den ersten Klassen zu hoch, in den unteren so niedrig, daß die Kommission eine Erhöhung für absolut nothwendig hält. Ein höherer Offizier, der zum Vortrag beim Kaiser nach Potsdam fuhr, hat auf Grund des bestehenden Systems für einen halben Tag 43,02 M. erhalten. Bei einer Reise nach Köln kann ein Offizier, der ein Retourbillet 2. Klasse benutzt, 100 M. sparen. In anderen deutschen Bundesstaaten wird wenigstens das Nachtquartier nicht angerechnet, wenn es nicht benutzt wird. Da dieses System in der gesammten Reichsverwaltung maßgebend ist, so könnten hier Ersparnisse nach Millionen eintreten, ohne daß die Beamten geschädigt werden. Die frühere Resolution des Reichstags hat man nicht berücksichtigt, sondern alles beim alten gelassen. Fast unglaublich ist eine mir gemachte Mittheilung, wonach einem Reserve-Offizier, der als kaiserlicher Beamter in Jauer angestellt war, im vorigen Herbst um 105. Regiment nach Leipzig einderufen wurde, über 4000 M. Reisegehälter für die Hin- und Rückreise gehabt worden sind. Ein solcher Aufwand für einen einzelnen Beamten zum Zweck einer kurzen Reserve-Übung ist eine unfinnige Geldverschwendung. Abg. Richter hat früher einmal gewünscht, daß die Militärverwaltung den in bürgerlichen Verhältnissen im Ausland lebenden Personen mögliche Erleichterung für die Erfüllung ihrer Reservepflicht gewähre; dennoch ist in einem mir bekannten Falle einem Kaufmann gegenüber, der in Norddeutschland angestellt war und zur Übung einderufen wurde, keine Rücksicht genommen worden.

Nach einer kurzen Erwiderung des Geheimrath Blath wird die Resolution einstimmig angenommen und das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel „Bau und Unterhaltung der Festungen“ erwidert auf eine Anfrage des Abg. Schall (dt.) Generalmajor v. Gohler, daß die Frage der Heranziehung des Militärischen zu den Kommunalsteuern nicht die Militärverwaltung, sondern die Reichsfinanzverwaltung angehe und event. durch die Gerichte zu entscheiden sei.

Beim Kapitel „Unterstützung für Militärs und Beamte, für welche andere Etatsfonds zu Unterstüzungen nicht vorhanden sind“ wird die von der Kommission vorgeschlagene Resolution: „Die veränderten Verfügungen zu ersuchen, für die Hinterbliebenen solcher Militärspersonen des Aktivdienstes und des Beurlaubtenstandes, welche infolge der bei Friedensübungen erlittenen Beschädigungen gefordert sind, eine entsprechende Fürsorge treffen zu wollen.“ einstimmig angenommen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Bei einer früheren Gelegenheit ist die Frage angeregt, was für die Hinterbliebenen der bei Friedensübungen verstorbenen Mannschaften vom Reiche vorgezogen werde. Der Abg. Bachem hat damals von einer großen Zahl infolge der bei den Kaiseremannövern erlittenen Strapazen Verstorbenen gesprochen. Unzweifelhaft hat Herr Bachem seine Mittheilungen bona fide gemacht. Ich freue mich, mittheilen zu können, daß auf Grund von mir eingeforderter genauer Berichte im Ganzen von den 13 444 eingezogenen Landwehrleuten nur 2 verstorben sind, und keiner davon infolge von Strapazen. Diejenigen, die damals er-

Schöpfst niedergesunken sind, sind also nicht auch noch gestorben, sondern haben sich glücklicherweise wieder erholt. Aus diesem Grunde aber hat mir ja gerade auch der Kaiser befohlen, nun endlich Vorschläge zu machen, wie die Leute im Gedränge zu entlasten sind. Von den Reservisten sind im ganzen 13 gestorben, davon nur 2 am Hirschlag.

Abg. Vachem wünscht auch für die wenigen Fälle, wo Landwehrmänner den Strapazen der Manöver erliegen, den Erlass eines Befehles, welches ihren Hinterbliebenen eine auskömmliche Entschädigung gewährt.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Wir sind in dieser Richtung seit Jahren bereits thätig.

Der Rest des Extra-Ordinariums des Militäretats und die Einnahmen desselben werden ohne weitere Debatte genehmigt, ebenso die bayerische Quote. Die (vor einigen Tagen ausgesetzte) Abstimmung über die erste Rate von 14 000 M. für ein neues Generalkommando in Reg. veranschlagt auf 600 000 M., ergeht die Ablehnung der Forderung.

Damit ist die Beratung des Militäretats erledigt. Gegen 6 Uhr vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Aufhebung des Identitätsnachweises.)

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 6. März 1894. 11 Uhr.

Am Regierungstische: Vosse und zahlreiche Kommissarien. Die zweite Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1894/95 wird fortgesetzt und zwar beim Etat des Kultusministeriums, Gehalt des Ministers.

Abg. Stödel (Z.) tritt für die Zulassung der Orden ein, weil diese am besten geeignet seien, den Ansturm der Sozialdemokratie auf die Arbeiter abzuwehren. Der Reichskanzler Graf Caprivi hat gesagt: Jede Verleihe müsse auf ihre Wirkung gegenüber den Sozialdemokraten geprüft werden. Das scheint man bei der Nichtgenehmigung einer Ordensniederlassung der Franziskaner in Offen nicht gethan zu haben.

Minister Vosse: Wenn der Minister nach dem Gesetz verfährt, so ist es für die katholische Kirche viel besser, als wenn der Minister nach Stimmungen verfährt, um es hier bei der Etatberatung etwas bequemer zu haben.

Abg. Vorsch (Z.): Wenn eine so große Zahl von angesehenen Männern einer Stadt eine Niederlassung beantragen, so kann der Minister in diesem Wünsche wohl schon den Nachweis eines Bedürfnisses erkennen. Die Sprachunterrichts-Versorgung des Ministers müßte auf Oberschlesien ausgedehnt werden. Die Kinder können nicht einmal so viel polnisch, um beim Gottesdienst die Kirchenlieder singen zu können.

Minister Vosse: Bezüglich Oberschlesiens kann ich meine Erklärung nicht ändern.

Abg. Letocha (Z.) spricht sich wie die Abg. Vorsch und Graf Bal'liem für die Ausdehnung der Sprachversorgung auf Oberschlesien aus.

Abg. Herrmann (Z.) tritt ebenfalls für den Religionsunterricht in der Muttersprache ein.

Abg. Stanke (Z.) schließt sich den Ausführungen der übrigen ober-schlesischen Abgeordneten namentlich bezüglich der männlichen Einwohner Oberschlesiens an.

Abg. v. Heydebrandt (L.): Selbst die Herren vom Zentrum werden es kaum befehlen können, daß die Polonisierung in Oberschlesien große Fortschritte gemacht hat. Das muß uns stutzig machen. Die Frage ist eine wesentlich politische. Die Herren wollen einen berechtigten Anspruch der national-polnischen Agitatoren erfüllen und damit die Erregung beseitigen. Wir halten aber den Anspruch nicht für berechtigt und seine Erfüllung wird die Bekämpfung dieser Bestrebungen erschweren. (Sehr richtig! recht.)

Abg. Vorsch (Z.): Die Herren verwechseln Ursache und Wirkung. In der Entwicklung zum Deutschtum ist ein Rückschlag eingetreten, das ist aber eine Folge der falschen Schulpolitik.

Abg. Szynala (Z.) tritt den Ausführungen des Ministers in bezug auf Oberschlesien entgegen und befreitet, daß eine besonders polnische Nationalagitation bestehe. Die meisten Leute können nicht ordentlich deutsch, infolge dessen wollen sie polnische Zeitungen lesen, deren jetzt neun in Oberschlesien bestehen; aber keine derselben hat irgend einen anderen Standpunkt eingenommen wie das Zentrum, und abgesehen von der Aufregung des Wahlkampfes sind die Artikel der Zeitungen immer maßvoll gewesen. Von kommunistischen Tendenzen in. könne gar keine Rede sein. Die Redakteure stehen durchweg auf dem katholischen Standpunkte. Da die schlechte Berichterstattung über ober-schlesische Verhältnisse nur darauf begründet ist, daß die Beamten kein Polnisch verstehen, so sollte der Minister fakultativen polnischen Unterricht an den schlesischen Gymnasien einrichten und in Breslau wieder die polnische Gesellschaft der Studenten zulassen, die verboten ist. Ferner muß Oberschlesien vollständig der Provinz Posen gleichgestellt werden, sonst wird die Sache immer schlimmer.

Abg. v. Schallscha (Z.) schließt sich als Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse den Ausführungen der anderen ober-schlesischen Abgeordneten vollständig an.

Abg. Danzenberg (Z.): Der Kultusminister hat viele schöne Worte gesprochen, aber — und das ist ja das Zeichen des neuen Kurses — an Tthaten fehlt es. Die Bildung einer katholischen Abtheilung hat der Minister rundweg abgelehnt, weil dadurch Mißtrauen hervorgerufen würde. Davon merkt man doch nichts in Bayern, Oesterreich, Württemberg u., wo besondere katholische oder evangelische Behörden bestehen.

Minister Vosse: Auf die früheren Mitglieder der katholischen Abtheilung sollten meine Bemerkungen über die Abtheilung selbst auch nicht den geringsten Verdacht werfen.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) konstatirt mit Freuden, daß aus seiner Heimathprovinz kein einziger Abgeordneter gegen die neue Sprachenverordnung erklärt habe.

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Ministers wird genehmigt, ebenso die übrigen Ausgaben für das Ministerium, darunter auch die neue Stelle eines Vorsehers der Wehrbildungsanstalt (6000 M., wofür aber 5100 M. für einen Hilfsarbeiter in Wegfall kommen). Die Erwähnung der Stiftung mons pietatis in den Erläuterungen giebt dem

Abg. Sattler (nat.) Gelegenheit, auf die gegen diese Stiftung gerichteten Angriffe hinzuweisen.

Minister Vosse erklärt einen Theil der Angriffe schon jetzt für grundlos, will sich aber bis zur dritten Lesung näher informieren.

Ohne Debatte genehmigt das Haus das Kapitel „Ober-Kirchenrath“.

Das Kapitel „Evangelische Konsistorien“ wird bewilligt.

Zu dem Kapitel „Evangelische Geistliche und Kirchen; Bischöflichen und katholische Geistliche und Kirchen“ hat **Abg. v. Strombeck** (Z.) folgenden Antrag gestellt: „Die Staatsregierung zu ersuchen, Ermittlungen darüber anzustellen, ob und welche geistliche Stellen, deren gänzliche oder theilweise Unterhaltung von der Staatsregierung auf Grund rechtlicher Verpflichtungen geleistet wird, zur Zeit ihren Inhabern ein standesgemäßes Einkommen nicht gewähren.“

Abg. v. Strombeck (Z.) erläutert seinen Antrag dahin, daß derselbe sich nicht auf solche Fälle beziehen solle, wo der Staat nur einen kleinen Beitrag leistet, sondern auf solche Fälle, wo er der Hauptunterhaltungspflichtig ist. Bei der Säkularisation hat der Staat zum größten Theil die zu zahlenden Gehälter einseitig festgesetzt, es wird heute eine Erhöhung in vielen Fällen notwendig sein.

Geheimer Ober-Regierungsrath Hegel: Die Untersuchung aller Fälle, in denen der Staat einen Zuschuß zu leisten hat, würde eine umfangreiche werden. Die Regierung hat sich da-

gegen ablehnend verhalten. In dem beschränkteren Umfange ist die Resolution eher annehmbar, aber überflüssig, denn wo der Staat für alle Bedürfnisse aufzukommen hat, hat er schon von Zeit zu Zeit, wenn er das Bedürfnis anerkennt, Zulagen gewährt.

Abg. Brandenburg (Z.) hält den Antrag Strombeck für nothwendig.

Abg. Danzenberg (Z.) empfiehlt ebenfalls den Antrag v. Strombeck.

Das Kapitel wird genehmigt und um 4 1/2 Uhr die weitere Beratung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Die Milderung der sozialen Gegenstände. Recht unbegreifliche Anschauungen sprach der Vorsitzende des Vereins für Volks-Kindergärten im Osten, Herr Dr. med. Löwenstein in der letzten Generalversammlung dieses Vereins aus. Der Herr wünschte nämlich, daß die Kindergärten gleich den Schulen noch einmal städtische Einrichtungen würden und Knäpfe an diesen gewiß berechtigten Wunsch den Hinweis, daß dies der Weg sei, die sozialen Gegenstände der verschiedenen Volksklassen zu mildern. Was der Herr Löwenstein mit diesem Rathselwort meint, ist bis jetzt der Mitwelt leider noch verborgen geblieben. Unseres Wissens lassen die heutigen Schulen, die für die Reichen, Wenigerreichen und Armen streng getrennt gehalten sind, die sozialen Gegenstände gerade in ihrer ganzen abstraktesten Nacktheit zu Tage treten.

Tastet man auch schon im Polizeipräsidium eine der vielen Grundlagen des orthodoxen Christenthums an? So muß man sich unwillkürlich fragen bei der Nachricht, daß der Bezirker beim Polizeipräsidium, Medizinalrath Dr. Wernich, sich in einem neuerdings erschienenen Buche: „Leichenwesen, einschließlich der Feuerbestattung“, für die Leichenverbrennung ausgesprochen hat. Hoffentlich sorgen die Vertreter des unverfälschten Berliner Christen- und Stöckerthums dafür, daß dem augenscheinlich in das staatsverhaltende Gefüge nicht recht hineinpaffenden Dr. Wernich bei Zeiten mores gelehrt werde.

Aus Blöhensee brachten wir am 2. d. Mts. einige Betrachtungen über den leidenden und pflegebedürftigen Zustand einiger durch ihre grandiosen Betrügereien ganz besonders berühmt gewordener Gauner. Wir erwähnten in dem Artikel u. a. auch des Bantler Moos aus Charlottenburg als im Gefängnis-lazareth befindlich. Diese Mittheilung ist, wie uns versichert wird, falsch. Bantler Moos ist nicht im Lazarethhügel untergebracht, sondern er befindet sich seit dem 17. Februar im Schloß seiner in der Albederstraße wohnhaften Familie. Der Mann muß also so leidend sein, daß für ihn auch die Lazarethpflege nicht mehr gut genug ist! Wie glücklich ist doch gegenüber dem leidenden Bantler der sozialdemokratische „Straf-gesangene“, der seine bescheidenen Tage in Blöhensee bei Rumschütz und Mehlsbribr zubringt. Gesundheit ist auch bei dem politischen Gefangenen das höchste Gut, selbst wenn sie durch die Gefängnisstrafe zu Grunde gerichtet werden sollte.

Eine neue Pferdebahnlinie, welche vom Kriminalgericht, Moabit durch die Paulstraße, Lutherbrücke, Potsdamer Thor, Königgräberstraße, Prinz Albrechtstraße, Zimmerstraße bis zur Lindenstraße geht, soll von der städtischen Verwaltung der Direktion der Charlottenburger Pferdebahn-Gesellschaft genehmigt worden sein.

Ueber das furchtbare Unglück auf der Stadtbahn wird uns geschrieben: Ohne dem Ergebnis der Untersuchung vorzugreifen zu wollen, muß ich, auf grund genauester Erkundigung, meine Ansicht dahin aussprechen, daß in diesem Fall allerdings Niemanden die Schuld trifft. Der Signalist, der die herankommenden Züge zu benachrichtigen und die auf der Strecke Arbeitenden zu warnen hat, konnte das Zeichen nicht rechtzeitig geben, weil er durch den von einer Lokomotive ausgelassenen Dampf daran verhindert war, den nahenden Zug zu sehen. Und daß der Dampf an dieser Stelle ausgelassen wurde, war vor-schriftsmäßig. Wie gesagt, dieses Urtheil ist nur ein vorläufiges. Aber auch wenn es durch die Untersuchung bestätigt wird, so drängt sich die Frage auf: Ist es nicht möglich, ab-solulte Garantie gegen die Wiederkehr ähnlicher Katastrophen zu schaffen? Wenn nicht, dann wäre es unverantwortlich, überhaupt noch derartige Arbeiten während des Betriebs vornehmen zu lassen. Wir glauben, daß bezüglich des Dampfablassens Vorschriften gemacht werden können, die hinreichende Sicherheit gewähren. Das muß aber auch sofort geschehen.

Die Verunglückten bezogen einen Tagelohn von 2 Mark 1/2 fänzig Pfennig. Und dieser Betrag für eine unentbehrliche und lebensgefährliche Arbeit! Daß die Eisenbahn-Verwaltung für die Hinterbliebenen ausgiebig Sorge, darüber hat das Publikum zu wachen, und vor allem die Sozialdemokratie.

Theaterrath. Der Selbstmord des Direktors Büpsch soll hauptsächlich seine Ursache darin haben, daß das Polizeipräsidium von diesem Herrn als künftigen Leiter des Barnan-Theaters eine sehr beträchtliche Kautionssumme verlangte. Es ist, wie es heißt, dem mittellosen Herrn Büpsch nicht möglich gewesen, diese Kaution — man spricht davon, daß 200 000 M. gefordert sind — aufzutreiben und die Verzweiflung über die Geldsorgen ließ den Direktor zum Revolver greifen. Der Fall ist an sich ja gewiß sehr tragisch und so sehr wir das Geschick des unglücklichen Selbstmörders bedauern, so können wir doch nicht in die Anklagen einstimmen, die namentlich von der Börsenpresse aus Anlaß dieses Falles gegen die Polizei erhoben werden. Auf seinem Erwerbsgebiete ist es wohl fragwürdiger, namentlich um die Existenz der unteren Angestellten bestellt, als auf dem des Theaters und wenn die Polizei den Verus in sich fählt, Garantien für die finanzielle Sicherheit eines solchen Betriebes zu fordern, so ist ihr dies gewiß nicht zu verdenken. Schon oft genug hat sich übrigens herausgestellt, daß im Theaterwesen von Geldmännern in ähnlicher Weise mit vorgeschobenen Strohhütchen operirt wird, wie wir dies z. B. im Bauwesen sich tagtäglich vor unsern Augen abspielen sehen.

Die traurige Lage der Bühnengehelfen ist gerade gelegentlich des in diesen Tagen erfolgten Krachs des Viktoriatheaters wieder blendend in die Erscheinung getreten. Ueber die traurigen Zustände in diesem Theater bringt die „Vossische Ztg.“ einen Bericht, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen: Die am 1. d. M. für die zweite Hälfte des Monats Februar fälligen Monatsgehälter sind zum größten Theil nicht gezahlt worden. Das Orchester- und Theaterpersonal verlangte bereits am Sonntag Abend härmlich die fälligen Gehälter, ein Theil der Ballettusen verweigerte im zweiten Ballet mitzuwirken und konnte nur dadurch beschwichtigt werden, daß eine kleine Theilzahlung gewährt wurde. Der gestrige Abend führte zum Eklat. Es er-schante vor Anfang der Vorstellung, die erst um 8 Uhr anfangen konnte, ein Herr auf der Bühne, der unter Weisand des Herrn Oberinspektors Clausius erklärte, daß er die finanzielle Regelung und die Weiterführung des Theaters übernehmen würde, er bitte insofern um eine Bedenkzeit von zwei Tagen, um genaue Einsicht in die Bücher zu haben; diese sollen jedoch derart sein, daß ein Durchfinden schwer möglich sein wird. Die Vorstellung fand nun statt, und nach deren Schluß erklärte der Miteigentümer des Grundstückes Herr Sternheim dem Personal, daß er mit Herrn Bruchhoff die Direktion übernehmen würde, falls die Angelegenheit nicht in zwei Tagen erledigt sei; es sollte alsdann das ganze Personal sich als weiter engagirt zu betrachten haben. Der „schwer erkrankte“ Direktor Sitafski soll sich in Wien befinden.

Gerade dieser Fall belehrt wohl darüber, daß die Polizei ihren sozialen Verus durchaus korrekt erfüllt, wenn sie möglichst feste Garantien gegen Theaterkrach verlangt; zum mindesten liegt solches mehr im öffentlichen Interesse, als z. B. die landes-üblichen Schubriegelien, mit denen Arbeiterorganisationen, die gegen lohnrückende Unternehmer kämpfen, heute wie ehedem noch vielfach bedacht werden. Keine unangebrachte Sentimentalität!

Ueber eine romantische Vergiftungsaffäre berichtet eine hiesige Lokalcorrespondenz folgendes: Am Sonnabend Abend besuchte die am 2. September 1873 geborene unverheiratete Margarethe Knispel, die bei ihren Eltern in der Müllerstraße 156b wohnte, mit ihrer jüngeren Schwester Marie und in Gesellschaft der Seestraße 16 wohnenden unverheirateten Luise Waldow einen Malaball, den der Rauchsclub „Holländer“ im Wirthshaus „Feldschützen“ in der Müllerstraße veranstaltete. Margarethe hatte das Kostüm einer schottischen Bäuerin angelegt. Als sie nun mit ihren Begleiterinnen den Saal betreten hatte, suchte sie plötzlich zusammen, als sie in der Eingangstür zum Saal einen jungen Mann bemerkte. Gleich darauf stieß sie den Schreckensruf aus: „Mein Gott, wenn er nur nicht hier ist!“ Das sehr aufgeregte Mädchen tanzte nur einmal und verschwand dann aus dem Saal mit dem Verprechen, bis zum Contreband wieder erscheinen zu wollen. Wohin sie sich begeben hat, ist bis jetzt nicht aufgeklärt. Heute, die sich in dem Lokal aufgehalten haben, sahen aber gegen Mitternacht eine schottische Bäuerin an einem photographischen Schaufenster stehen, der am Lokal angebracht ist. Aufscheinend hat sie dort eine Zusammenkunft gehabt. Etwa eine Stunde später wollte Margarethe Knispel in den Tanzraum zurück, suchte ihre Schwester auf, die sich umkleidete und erklärte in kurz abgebrochenen Worten: „Marie, ich muß sterben; bringt mich sofort nach Hause.“ Dies geschah denn auch, und das anscheinend schwerkrante Mädchen theilte zu Hause seiner Mutter mit: „Er hat mir eine Wblate in den Mund geschoben; ich habe sie essen müssen und muß sterben.“ Auf die Frage der geängstigten Mutter, wer denn die Vergiftung ausgeführt habe, antwortete Margarethe: „Kerger mit solchen Fragen nicht; ich antworte nicht darauf.“ Am Sonntag Nachmittag um 2 Uhr verstarb das junge Mädchen unter Vergiftungserscheinungen. Noch in der Nacht beim am Morgen wurden zwei Ärzte hinzugezogen, deren Ansicht über den Vorfall noch nicht bekannt ist. Frau Knispel hat nun sofort dem 57. Polizeirevier Anzeige erstattet. Daraufhin ist die Leiche der Verstorbenen mit Beschlagnahme und nach dem Schauhaus gebracht worden. Es heißt, Margarethe Knispel habe vor einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit einem Schlächtergesellen unterhalten, aber auf Veranlassung der Mutter vor kurzem gelöst. Aus diesem Anlaß soll der junge Mann die Keuschung gethan haben: „Margarethe gönne ich keinem Anderen, es posirt noch ein Unglück.“ Diese Worte bringt die Mutter mit dem räthselhaften Vorgang in Zusammenhang. Den Namen des Mannes zu nennen verbietet das Dunkel, das noch über dem Hergange schwebt, und es muß zunächst noch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die romantisch klingenden Angaben sich durch Thatsachen nicht erweisen lassen. Jedensfalls aber muß erst das Ergebnis der gerichtsarztlichen Leichenöffnung abgewartet werden.

Aus der Gesellschaft. Eine eigenartige Liebes- und Heirathsgeschichte weiß eine hiesige Lokalcorrespondenz zu berichten. Sie lautet:

Eine seltsame und keineswegs erfreuliche Ueberraschung wurde dieser Tage der Besitzerin zweier der schönsten Palais unserer Stadt zu Theil. Die Dame, eine Wittve in den besten Jahren, hatte vor kurzem wieder geheiratet, und zwar einen Mann, der um einiges jünger ist als sie selber. Nach den Mitternachten mußte die Dame in Familienangelegenheiten Berlin auf kurze Zeit verlassen und legte ihre Geschäfte vertrauensvoll in die Hände ihres Gatten. Als sie nach einiger Zeit zurückkehrte und in ihre Wohnung treten wollte, fand sie dieselbe verschlossen und kein Mensch machte ihr auf. Von böser Ahnung getrieben, ließ sie die Wohnung gewaltsam öffnen, und nun bot sich ihr ein unerwarteter Anblick. Die Wohnung war vollständig ausgeräumt; ja, selbst in die Hände eingelassenen Löthbaren Hüfets waren aus denselben herausgebrochen. Dieser Entdeckung folgte die noch weitläufigere, daß der laudere Herr Gemahl die Miethezinse einkasirt hatte, mit denselben verbrüdet war und nebstbei auch vergessen hatte, seinen Auftrag auszuführen und die fälligen Hypothekenzinsen zu bezahlen, so daß die Gläubiger bereits ihre Rechte geltend machten und die Paläste von dem Schicksale der Subhastation bedroht sind. Damit nicht genug, wurde die Frau plötzlich zum Untersuchungsrichter vorgeladen, dort über ihren Herrn Gemahl eingehend befragt und dieser ihr — als Untersuchungsgefangener gegenübergestellt, da von dritter Seite eine Betrugsanzeige gegen ihn eingelaufen war. Die unglückliche Frau hat nun alle Schritte eingeleitet, um sich von ihrem Mann scheiden zu lassen. Das Seltsamste aber ist, daß die Frau vor ihrer Verheirathung wiederholt vor dem Manne gewarnt worden war.

Der liebe Ahlwardt ist am Dienstag Mittag aus Blöhen-see entlassen worden. Es hatten sich, wie es heißt, des schlechten Wetters wegen, nur etwa sechs Mann in einem in der Nähe der Bastille belegenen Restaurant eingefunden, alswo dem übrigen gleich einer Aose blühenden Rektor aller Deutschen ein Knäuel mit dem Bildniß des alten ehrlichen Seemann verehrt wurde. Als sich später mehr Festungsgenossen zusammengesunden hatten, marschirte man im Gämsenarch nach den Germania-sälen. Dort wurde der Nachmittag mit dem üblichen antisemitischen Holuspokus ausgefüllt. Erwähnt zu werden verdient noch, daß aus nicht ersichtlichen Gründen vor dem Gefängnis in Blöhensee zur Mittagzeit eine Anzahl Gendarmen aufgestellt war. — Im Anschluß an diese Mittheilung sei berichtet, daß der technische Direktor der Löwen'schen Gewerksabrik, Obersteutenant a. D. Karl Kühne, gegen den Ahlwardt hauptsächlich seine Angriffe in den Judenhinten gerichtet hat, am 2. d. M. gestorben ist.

Unsere preussische Vereins- und Versammlungsfreiheit. Am 10. Dezember v. J. fand in Reindensdorf eine öffentliche Versammlung von Frauen und Männern statt; in derselben wurde ein Statutenentwurf für einen zu gründenden Frauen- und Mädchen-Vereinsverein in berathen, die Statuten genehmigt und ein provisorischer Vorstand gewählt. Der Vorstand schickte der zuständigen Behörde ein Exemplar der Statuten ein. Der nur aus Frauen bestehende provisorische Vorstand sah davon ab, bevor er die Statuten zurückverlangte, eine Vereins-versammlung einzuberufen. Um aber die Agitation unter den Frauen nicht einschleusen zu lassen, berief Frau Noack als Vorsitzende eine öffentliche Versammlung von Frauen und Männern auf Sonntag, den 7. Januar d. J. ein. Am 2. Februar er-hielten die Vorstandsmitglieder, sowie die 7 Frauen, die als Mitglieder in den Verein eingetreten waren, der noch keine Versammlung abgehalten hatte, sowie die Referentin der Versammlung vom 7. Januar 1894. Otilie Baader, mit Mittheilung der behördlichen vorläufigen Schließung des Vereins auch zugleich Anklagen und zwar unter der Firma Noack und Gossen. Angeklagt war der Vorstand und die sieben Mitglieder wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz §§ 8, 11, 16 und die Referentin jener öffentlichen Versammlung wegen § 150 des Str.-G.-B. Aufreizung verschiedener Bevölkerungs-klassen zu Gewaltthatigkeiten. Ein Vergehen gegen das Vereins-gesetz wird darin erblickt, daß die Vereinsvorsitzende eine öffentliche Versammlung einberufen hat und weil aus Neuierungen einiger Genossen, der Verein bezwecke die Aufklärung über die geschäftliche Lage der Frauen“ zu schließen sei, daß der Verein politische Zwecke verfolge.

Durch das Blagen eines Dampfsefellochrehs ereignete sich am Montag Abend gegen 6 Uhr im Centralhotel ein

unglück, das wahrscheinlich den Verlust zweier Menschenleben im Gefolge haben wird. Der Vorfall passierte, als die bei dem Schlossmeister Karlen, Friedrichstr. 98 arbeitenden Schlosser Sternahl und Scheibbaum an dem im Maschinenhaus stehenden Kessel eine Reparatur vornahmen. Durch das lockende Wasser, das aus dem geplatzten Rohr mit furchtbarem Geräusch hervorsprang, wurden die beiden Schlosser derart verbrüht, daß an ihrem Auskommen gezweifelt werden muß; leichter erleidet wurde der in demselben Raum anwesende Heizer des Hotels. Die Verletzten, von denen Sternahl verheiratet ist, wurden nach der Klinik in der Biegelstraße überführt.

Das Befinden der Schauspielerin Frau Marie Nicmann-Seebach, die vor einigen Wochen bekanntlich beim Absteigen vom Pferdebahnwagen zu Fall kam und von einem Kutschenwagen überfahren wurde, ist, wie eine hiesige Korrespondenz berichtet, leider recht unglücklich. Der Schwerezustand der verunglückten Patientin soll so anhaltend sein, daß die Hoffnung auf Wiederherstellung immer geringer wird.

Straßenverwüstung. Die Grunewaldstraße von der Potsdamer- bis zur Köpenickerstraße wird behufs Neupflasterung vom 1. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Kein Licht im Militärstaat. Eine seltsame Wachtposten-affäre hat sich vor einigen Tagen bei den Pulvermagazinen von Nieder-Neuendorf (Oberhavel) zugetragen. Der Förster daselbst hatte Abends seine Wirtshäuserin nach zu einer Besorgung fortgeschickt; die Bedienstete schritt darauf mit brennender Laterne auf dem Wege nach Hennigsdorf zu. Plötzlich wurde sie von einem Posten der Pulvermagazine angerufen und aufgefordert, die Laterne auszulöschen. Die Wirtshäuserin erwiderte, sie befände sich auf lgl. Forstterrain und hätte die Berechtigung, hier umherzugehen. Der Posten kam darauf herbei und arretrirte das Mädchen, das er in sein Schloßhaus riefte. Drei Viertel Stunde später wurde die Arrestantin nach dem Wachtlokal gebracht. Da die Wirtshäuserin nicht wieder nach Hause kam, wurde der Förster besorgt und machte sich in Begleitung seiner Leute, gleichfalls mit einer brennenden Laterne versehen, auf die Suche. Auch sie wurden bald vom Posten angerufen, der, als sie nicht sofort das Licht auslöschten, zu schießen drohte. Die Leute vernahmen auch sogleich das verächtliche Klappen des Gewehrschloßes, und um das Feuer zu verhalten, löschten sie schnell die Laterne aus. Der Förster begab sich hierauf zur Wache und rekonnostrirte seine Wirtshäuserin, die dann freigelassen wurde. Die geschilderten Vorgänge haben sich auf einem öffentlichen Wege zugetragen, der seit Bestehen der Pulvermagazine jederzeit umgeben mit brennender Laterne befahren und belauert worden ist. Der Förster hat von dem Vorfall bei der zuständigen Militärbehörde Anzeige erstattet.

Die gefoppte Polizei. Entwischt ist in einem geschlossenen Handwagen am Sonnabend Abend ein Tischlergeselle F., der zur Verhütung einer Gefängnisstrafe abgeholt werden sollte. Da er in seiner Wohnung nicht anzutreffen war, begaben sich mehrere Beamte nach seiner Arbeitsstelle in der Adalbertstraße, wo sie ihn auch vorfanden. Während sie nun auf dem Fluß und vor der Thür warteten, hatte sich F. mit einem Hausdiener in Verbindung gesetzt, der ihn in einem Handlastwagen verpackte und dann umgeben mit dem Hause herausführte. Auf dem Nigsdorfer Weisen wurde F. ausgehakt und verbracht in Spandau den Sonntag. Am Montag hat er dann seine Strafe freiwillig angetreten.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Nachmittags fiel ein Mann vor dem Hause Leipzigerstr. 60-61 in der Trunkenheit zur Erde und erlitt eine so erhebliche Verletzung im Gesicht, daß seine Ueberführung in die Charité erforderlich wurde. — Vor dem Hause Dresdenerstr. 88 wurde ein Schuhmacher, als er die durchgehenden Pferde eines Bierwagens aufhalten wollte, zu Boden gerissen und mitgeschleift. Er erlitt dabei bedeutende Verletzungen am Rücken und am Arm und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. — Im Zentral-Hotel zerbrach Abends das Seil eines Lastenaufzuges. Ein daran hängendes, etwa 2 Zentner schweres Gewicht fiel herab, durchschlagend die Decke des darunterliegenden Kesselraumes und riß das Wasserstandsrohr eines Kessels aus seiner Verschraubung. Durch den plötzlich ausströmenden heißen Dampf wurden die in dem Raume befindlichen Personen, ein Heizer und zwei Arbeiter, so schwer verletzt, daß sie nach der Universitätsklinik gebracht werden mußten. — In der Nacht zum 6. d. M. geriethen vor dem Hause Kleine Alexanderstr. 25 zwei Handwerker in eine Schlägerei, wobei einer zur Erde fiel und außer bedeutenden Verletzungen am Kopfe einen Beinbruch erlitt. — Im Hause des Tages fanden neun Brände statt.

Soziale Uebersicht.

An die Parteigenossen von Steglitz!
Die öffentliche Parteiverammlung, die am 1. März in der „Krone“ tagte, stellte zwei Genossen als Kandidaten auf, da zwei nicht angesehene Gemeindevorsteher in der III. Klasse ausgelost waren.
Da indessen die Behörde auf Grund der Landgemeinde-Ordnung die Bestimmung getroffen hat, daß an stelle Nichtanwähliger zwei Grundeigentümer zu wählen sind, so ist unsererseits auf der ganzen Linie Stimmung zu beobachten. — Das Nähere wird in einer Versammlung, welche am Sonntag, den 11. d. M., Nachmittags 3 Uhr im „Cambrinus“ stattfindet, besprochen werden.
J. A.: O. Kluth, Steglitz.

Achtung, Bauarbeiter! Kollegen! An Euch, die Ihr bis jetzt keiner Organisation angehört, richten wir die Aufforderung: Organisiert Euch! Wir geben uns im Vertrauen auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter der Hoffnung hin, daß Ihr für die Macht und Stärke unserer Organisation, mehr als dies bisher geschehen ist, Sorge tragen werdet. Denn nur erst dann, wenn die Mehrzahl unserer Kollegen organisiert ist, können wir Forderungen an das Unternehmertum stellen. Diejenigen Kollegen nun, welche gewillt sind, in die freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins einzutreten, fordern wir auf, am Sonntag, den 11. März, Vormittags 11 Uhr, in der Versammlung obigen Vereins, Hindenburgstr. 26, zu erscheinen. Auch diejenigen Mitglieder, die sich am 11. Februar aufnehmen ließen und ihr Buch nicht erhalten haben, können dasselbe daselbst in Empfang nehmen. Alles Nähere in der Versammlungs-Anzeige.
J. A.: Carl Deredder, Faldensteinstr. 20.

An die Mitglieder der allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen!
Schon seit längerer Zeit besteht eine Kommission zur Entgegennahme aller vorkommenden Beschwerden. Leider scheinen die meisten unserer Mitglieder von dieser Einrichtung noch nichts zu wissen. Wir geben daher abermals die Adressen der Beschwerekommission bekannt mit dem Ersuchen, uns von allen Unregelmäßigkeiten, betreffend die Kassenerhaltung, sowie auch betreffend der ärztlichen Behandlung, genaue Mitteilungen zu machen.
Hermann Biderl, Reherstr. 23,
Paul Sillier, Müllerstr. 25 a,
Emil Skerl, Vellermannstr. 83, II,
Wilhelm Zimpel, Subenerstr. 8,
Alfred Rosenkrantz, Rummelsburg, Lessingstr. 23a, Hof p.

Ein Weberstreik ist in Spremberg bei der Firma Blüth u. Co. ausgebrochen; betheilt sind gegen 40 Arbeiter. Ursache zum Ausstand gab die angelegte Lohnreduktion um circa 10 pCt. und die dauernde Einschränkung der Arbeitszeit von 13 1/2 Stunden täglich. Wer die Verhältnisse der Weber kennt, wird es begreiflich finden, daß sie sich gegen jede weitere Schmälerung ihres Lohnes energisch wehren. Die Unternehmer suchen das Gerücht zu verbreiten, der Streik sei beendet. Dem ist aber nicht so, sondern ist Jüngling noch streng fern zu halten. Alle Anfragen sind zu richten an W. Glaser, Spremberg, Friedrichstr. 26.

Die Feilenhauer der Ausermann'schen Fabrik in Witten, Westfalen haben die Arbeit niedergelegt. Die direkte Ursache war, daß den Arbeitern bei der jetzigen rauhen Jahreszeit zugemutet wurde, in ungeheizten Räumen zu arbeiten. Indessen haben die Gesellen noch weitere Beschwerden, die die Unzufriedenheit derselben schon längst hervorgerufen. Die Arbeitspreise sind verhältnißmäßig niedrig, nebenbei bemerkt die schlechtesten in Witten, daß die älteren Arbeiter bei 14 Tage aufrengender Arbeit durchschnittlich nicht über 35 M. bekommen. Die jüngeren Arbeiter erreichen höchstens 21 M.

Gerichts-Beitrag.

Was man alles Hausfriedensbruch nennt. Der Strafensatz des Kammergerichts verhandelte am Dienstag in der Revisionssitzung eine Anklage gegen den Dirigenten und eine Anzahl Mitglieder des Vereins „Sängerkunst“ zu Luckenwalde wegen eines auf dem Kirchhofe angeblich begangenen Hausfriedensbruchs. Im April v. J. sollte nach dem Willen der Familie ein verstorbenes Vereinsmitglied ohne Begleitung eines Geistlichen und unter Teilnahme der Sänger und Abingung sozialdemokratischer Lieder (hu, hu!) beerdigt werden. Bei der kirchlichen Anmeldung für die Beerdigung auf dem St. Johanniskirchhof wurde der Familie aber eröffnet, daß in Gemäßheit einer Polizeiverordnung vom 18. Juli 1865 Gefänge auf dem Kirchhof nur bei Anwesenheit eines Geistlichen stattfinden dürfen, worauf dann auch die Begleitung eines solchen in Anspruch genommen wurde, der, nachdem er den Segen gesprochen und das erste Lied der Sänger angebetet hatte, sich entsetzte. Als letztere dann das zweite und letzte Lied anstimmten, wurden sie von dem Todtengräber unter dem Hinweis, daß kein Geistlicher mehr da sei, also auch nicht mehr gesungen werden dürfe, zur Einstellung des Gefanges und, als dem nicht Folge gegeben wurde, wiederholt zum Verlassen des Kirchhofs aufgefordert und schließlich wegen Hausfriedensbruchs angeklagt, jedoch vom Schöffengericht zu Luckenwalde und von der Strafkammer zu Potsdam freigesprochen. Es wurde festgestellt, daß die Angeklagten sich bezüglich ihres Rechts zum weiteren Verweilen auf dem Kirchhof in gutem Glauben befunden hätten, und daß der Inhalt ihrer Gefänge, wenn auch nicht gerade kirchlich, so doch auch nicht aufreizend war. Nachdem die Angeklagten in Anwesenheit des Geistlichen ungehindert das erste Lied abgesungen, hätten sie auch annehmen können, daß das zweite unbeanstandet bleiben werde. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein, und auch die Oberstaatsanwaltschaft beantragte Aufhebung der Vorentscheidung, der Senat aber wies die Revision, welche an der tatsächlichen Feststellung des Vorderrichters scheiterte, zurück.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung der in der Schäftebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen referirte Genosse Kohler über das Thema: „Das Werkzeug als Träger der Kultur.“ Nach einer regen Diskussion über den Vortrag gab der Delegirte der Gewerkschaftskommission, Kollege Köhler, den Bericht über seine Thätigkeit. Da für die Schäftebranche

in der Aufstellung der Kommission noch kein Beitrag für die Kosten des Gewerkschaftsbureaus borgehen war, so beschloß die Versammlung gegen eine Einschätzung bis zu 30 M. keine Bedenken zu haben. Große Heiterkeit erregt die Verlesung eines Briefes, den der Streikbrecher Zander an eine Arbeiterin gerichtet hat, in dem er die Führende in der Fabrik äußerst rosig geschilbert und sich sogar beleidigender Ausdrücke gegen die Arbeiterinnen bedient. Von verschiedenen Arbeiterinnen wurde diese Darstellung durch Befanntgabe eigener Erlebnisse in das gehörige Licht gestellt. Ein Arbeiter aus der Fabrik von Sparta giebt bekannt, daß er die Arbeit niedergelegt hat, da der neue Lohnzettel 50 pCt. Abzug enthielt.

Die Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer und Gypfer wählte in ihrer Sitzung am 1. März die Delegirten zur Generalversammlung. Die Jahreshöhe in Moabit wird vom 1. April von Dresdenerstr. 3 nach Thurmstr. 84 part. bei Holzbecher verlegt. Kassier ist Karl Lutz, Stephanstr. 41, und Kassier Montag Abend von 8-10 Uhr in dem obengenannten Lokal.

Potsdam. Zu einer wahren Demonstration gestaltete sich die hier am 1. März vom Vertrauensmann einberufene Versammlung, in der der Reichstags-Abgeordnete A. Bebel in einem circa zweistündigen Referat über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihr Programm“ sprach. Um 9 Uhr war bereits das Lokal „Chorloitenhof“ vollständig gefüllt und es kostete dem Vortragenden einige Mühe, durch die große Zahl der im Garten vergeblich auf Eingang Wartenden zum Eingang des Lokales zu gelangen. Es mochten wohl 1500-1700 Personen anwesend sein. Allseitig von lebhaften Hochrufen begrüßt, entledigte sich der Vortragende seiner Aufgabe unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung. Von den zahlreich anwesenden Gegnern meldete sich niemand zum Wort. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

Verband deutscher Barbiers, Friseurs und Perückenmacher. Bezirksverein Berlin, Mittwochs, den 7. März, Abends 10 Uhr, bei Dittin, Brunnenstr. 24: Versammlung.
Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Mittwochs, den 7. März, Abends 8 Uhr, Romanbänkchenstr. 20: Vereinsversammlung. Vortrag über die verschiedenen Umwälzungen der Frauen.
Verlin ehemaliger Schüler der 18. Gemeindefschule. Mittwochs, den 7. März, Abends 9 Uhr, in den Antonia-Sälen: Sitzung.
Verlin ehemaliger Feilenhauer'scher Schülern und Subener. Mittwochs, den 7. März, Abends 9 Uhr, im Restaurant Lettenborn, Wackerstr. 50: Generalversammlung.
Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwochs, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Romanbänkchen-Garten, Romanbänkchenstr. 10-11: Große Versammlung der Schleswig-Holsteiner mit Frauen.
Landmannschaft von Ost- und Westpreußen. Mittwochs, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Cafe Martens, Kaffeehofstr. 11: Familienabend.
Gesangsverein Kreuzberg. Gemischter Chor, Übungsstunde jeden Mittwochs Abends 9 Uhr, Kreuzbergstr. 31 bei Seebach.
Vergnügungsverein Lußige Heelen. Jeden Mittwochs Abends 9 Uhr bei Heinrich, Schillerstr. 61: Sitzung.

Spredtsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Spredtsaals, soweit der Raum dazu abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenen allgemeinen Interessens zur Verfügung; sie macht sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Erklärung.
Soeben von einer Reise zurückgekehrt, bekomme ich erst heute die Nr. 9 des „Sozialist“ vom 3. März 1894 zu Gesicht. Das darin über mich Gesagte ist von Anfang bis zu Ende erfunden und kennzeichnet sich als eine ebenso niederträchtige wie alberne Lüge.
Berlin, den 6. März 1894.
Dr. Bruno Schoenank.

Briefkasten der Redaktion.

Leipzig 100. Eignet sich nicht für unseren Verlag.
Wo. 7. Angemeldet werden muß ein Verein, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt oder politische Gegenstände in Versammlungen erörtert. Alle ändern nicht. 3
C. E. Sch. Sie können nichts dagegen thun.
B. V. 55. Jede Rate in 4 Jahren vom 31. Dezember des Jahres ab, in dem sie fällig geworden ist.
Liebe. Sie sind verpflichtet.
W. in Liegnitz. Anmelden.
F. F. 122. Bronsart ist Familienname.
H. R. 100. Der Wirt muß die von Ihnen geahlte Februar- und Märzmiethen zurückzahlen. Fordern Sie ihn auf und verklagen Sie ihn; wenn möglich, nehmen Sie einen Rechtsanwalt. Die Sache bietet Schwierigkeiten.
S. W. 99. Das Kind ist am 29. Tage nach der Rechtskraft des Scheidungsurtheils geboren, also gilt es als ehelich. Sie können gegen den früheren Ehemann die Klage erheben auf Anerkennung, daß es Ihr Kind ist. Sie brauchen dazu einen Anwalt.
C. R. 67. Wir zweifeln sehr, ob Sie durchbringen würden.
A. Würzburg. Kündigung kann jeden Tag erfolgen.
C. B. Sie meinen wahrscheinlich Genossenschaften. Bei diesen heißt „beschränkte Haftung“, daß die Mitglieder nicht mit ihrem ganzen Vermögen für die Schulden der Genossenschaft haften, sondern nur in beschränktem Maße. Bei Aktiengesellschaften ist das immer so. Bei Kommanditgesellschaften für einen Theil der Mitglieder.
W. R. 15. Anständig finden wir das nicht.
Autonosty, Permdorf. 1. Das Geschäft würde von Ihrer Frau angefochten werden können. 2. Die Grundregulierung kann, wenn es sich nicht um Grundstücke handelt oder ein Minderjähriger theilhaftig ist, ohne Zuziehung eines Notars oder des Gerichts gemacht werden. Gericht ist billiger.

Der Schutzengel.
D. R. P. 71123.

Preis von 3 Mk. an, macht es den Kindern unmöglich, das Fenster zu öffnen, und verhindert das Hinanfallen der Kinder aus offenkundigen Fenstern.
L. Littauer, Berlin, Landsbergerstr. 25.
Prospecte gratis und franco. [57/2

Massenausverkauf
der
Cohn'schen Hosentabrik
befindet sich vom 1. März ab nicht mehr Pallisadenstr. 7, nur
5. Pallisadenstr. 5.
Stempel Vereins-Abzeichen etc.
H. Gutmann, Brunnenstr. 9.
Kränze, 2042b
Guirlanden und Blumen empfiehlt zu den billigsten Preisen
Franz Jacobitz, Kopenstraße 48, an der Friedenstraße.
Chemisch analysirte, garantiert echte
Medicinal-Ungarweine, sowie 56238*
Ungarischen Portwein (bes. Blutaromen und Blutschichten ärztlich empfohlen) direkt bezogen vom Weinbergbesitzer Ern. Stein, Erdö-Bényo b. Tokay, Ungarn, empfiehlt zu billigen Exportpreisen
Otto Böhme, Brunnenstr. 72.

Zur
Einssegnung:
Große Auswahl
Schwarze Cachemirs, reine Wolle, doppeltbreit, Mr. 75 Pf., 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Diagonals, reine Wolle, doppeltbreit, Mr. 95 Pf., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Phantasiestoffe, reine Wolle, doppeltbreit, Mr. 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Jaquets, in den Größen genau passend, für Confirmanden, 7 M. 50 Pf., 9 und 10 M. Fortlaufend Eingang neuester Frühjahrs-
Kleider-Stoffe. Große Auswahl moderner Regen-Mäntel.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

1000 Damen!!!
Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Hinderröcke à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. f. w.
Landsbergerstr. 48, I. 10
Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Handmarken.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg 5444 L*
H. F. Düslage, Rottbuserstr. 4, Hof part.
A. Tiedemann's Homöopath. Institut, Wollinerstr. 10 (am Arkonaplatz). Sprechst. von 8-10 u. 2-8, Sonnt. v. 8-11. Langjährige Praxis. Nächtigstes Honorar. 1515b*
Hufschaffen, Klagen, Eingaben. Puhger, Steglitzerstr. 65. 2164b
Möbel, Spiegel
u. Polsterwaren. Große Auswahl in Puchbaum u. Mahagoni, empfiehlt zu billigsten Preisen Franz Kernien, Tischlermeister, Seydelstr. 8. [57448*
Gekauft werden jede Anzahl weiße Rümpfe, Langmäuse, Lachtauben, Mehlwürmer, Kaninchen, Meerfische, Biegel u. Tauben, Eichhörnchen, Ratten. M. Redmann, Berlin, Madaistr. 2, am Schlesienschen Bahnhof. 2161b

Sehr hohe Preise
zahle ich für Briefmarken aus alten Briefkästen und für ganze Sammlungen. Tausch erwünscht. Große Auswahl in Briefmarken-Albums.
Julius Kaim, Cigaretten-Import, SW., Friedrichstr. 296. VI. 2295.
W. Potsdamerstr. 20, VI 4024.
Kein Laden.
Altes Schönehaus, Lintenstr. 5, empfiehlt seine Säle.
Sonnabend der 7. und 28. April sind frei geworden. 2120b
Rottbuserstr. 27. [2125b
Stube und Küche 60 Thaler.
Beuelstr. 38 keine Wohn. billig sofort oder später zu verm. 2068b*
C. L. St., sep. Eing., auch möbl., an 1 od. 2 Z. z. verm. bei Rothenburg, Duffenstr. 17, S. r. 1 Tr. per 1. 4. 94.
Arbeitsmarkt.
Sattlergeselle J. Alrke, Widenweg 53, O. 2 Tr., sucht Arbeit beim Meister. 2163b
Drechslerlehr. verl. gegen Kostgeld. Schlesischestr. 5. 2170b

Möbel-Tischlerei u. Lager

Polster- und Dekorations-Werkstatt

August Herold, Tischlermeister

83/84 Oranienstr. 83/84 Berlin SW., 83/84 Oranienstr. 83/84
zwischen Alexandrinen- und Alte Jakobstrasse.

Eigene Tischlerei. Eigene Tapezierwerkstätten.
Verkauf nur gegen Cash ohne Zwischenhandel zu Werkstättenpreisen.
Besichtigung der Lagerräume erwünscht. Illustrierte Musterbücher kostenfrei.

Compl. Wohnungs-Einrichtungen von 333—3000 M.
Solideste Preise. Sauberste Ausführung. Reelle Bedienung.

Mai-Feier 1894.

Wie in der Bekanntmachung des Partei-Vorstandes den Genossen angekündigt, erscheint auch dieses Jahr in unserem Verlage ein

Illustriertes Mai-Festblatt

Format und äußere Ausstattung werden den letztjährigen entsprechen:

8 Seiten Groß-Quartformat.

Auf den textlichen Inhalt in Poesie und Prosa haben wir die größte Sorgfalt verwendet. Aus dem Gebiete der Poesie sind vertreten Rudolf Lavant mit einem formenschönen und gedankentiefen Zeitgedicht; und Karl Henschel hat nach der Melodie: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“ ein Volkslied vom ersten Mai gedichtet, das in seinen wohlklingenden Versen am 1. Mai aus dem Munde von Hunderttausenden deutscher Arbeiter ins Land klingen wird. Aus der Feder der besten unserer Partei-Schriftsteller haben wir über die verschiedensten mit der Maifeier zusammenhängenden Gebiete ernste, belehrende Aufsätze, wie im Plauderton des Feuilletons geschriebene Artikel erhalten, von den Illustrationen aber dürfen wir sagen, daß sie die früheren Nummern an Schönheit übertreffen. Durch frühzeitigen Beginn des Druckes haben wir auch Sorge getragen, daß die von Heinrich Schen's Meisterhand geschnittenen Bilder tadellos sich repräsentieren.

Das Titelbild, von Fritz Gehre künstlerisch vollendet und gezeichnet, versinnbildlicht in drei prächtigen, der Arbeiterwelt und der Welt der Arbeit entnommenen Charakterfiguren den Gedanken der Aufforderung zur Maifeier:

„Wir wollen die Menschheit frei,
„Kreucht uns o Welkenmal!
„Herbei, herbei!
„Derbrecht, zerbrecht die Tyrann!“

Das Vollbild, über die 4. und 5. Seite gehend, entkammt der Hand desselben Künstlers, der im Maiestblatt 1892 die mit so großem Beifall aufgenommenen und in Hunderten von lebenden Bildern wiedergegebene Huldigungsgruppe gezeichnet hat. Aus der Bastille der Lohnsklaverei strömt die internationale Arbeiterschaft, in den einzelnen Völkertypen meisterhaft verkörpert, siegesbewußt zum Weltmaifest; im Hintergrunde sehen wir die Göttin der Freiheit den Zeiger auf der Weltuhr der zwölften Stunde näher rücken, die den Sieg des Sozialismus verkündet: ein Mahnungszeichen an die herrschende Klasse, noch in zwölfter Stunde den Forderungen zu entsprechen, für welche das internationale Proletariat am 1. Mai demonstriert. — Wir glauben also sagen zu dürfen, daß das

Mai-Festblatt 1894

für jeden Arbeiter ein Erinnerungsblatt von dauerndem Werte sein wird. Um die Auflage des Festblattes rechtzeitig feststellen und die Besteller rechtzeitig in den Besitz der Maiest-Blätter setzen zu können, bitten wir die Genossen, uns ihre

Bestellungen bis spätestens 28. März

zukommen lassen zu wollen. Wir beginnen mit der

Verfendung am 9. April.

Später eintreffende Bestellungen können unsererseits nicht mehr mit der Garantie pünktlicher Lieferung aufgenommen werden, während jede bis zum

28. März 1894

eingegangene Bestellung spätestens am 24. April in den Händen der Besteller sein wird.

Der Preis stellt sich wie in den letzten Jahren für das Einzel-Exemplar auf

10 Pfg. im Verkauf; in Partien zu 5 Pfg. netto.

Porto zu Lasten des Bestellers.

Wir ersuchen die Parteigenossen und insbesondere die Vertrauensleute der Partei, für die Verbreitung des Mai-Festblattes recht thätig zu sein und sehen zahlreichen Aufträgen baldigst entgegen.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Beuth-Strasse 2.



Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster
bücher gratis. Theilzahlung
gestattet. 500 Mark zahlbar
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Echt Stonsdorfer

Stör & Str. 1, 20, 5 Str. 5, 50, 10 Str. 10, 50 Str. 47, 50, 100 Str. 90 Mark.
Eugen Neumann & Co., Inh. Conrad Neumann,
6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 6102R
81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Elegante Einsegnungs-Anzüge

in blauen und schwarzen Stoffen und Kammgarnen zu billigsten Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum, Frankfurterstr. 139.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Beuthstraße 2.

Für jeden Parteiredakteur, jeden Versammlungsredner, jeden Parteigenossen, jeden, der am öffentlichen Leben theilnimmt, ist unentbehrlich

Sozialpolitisches Handbuch

von Dr. H. Lux.

Groß Oktav, XX und 386 Seiten mit einer Tabelle:
Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterschuh-Bestimmungen
in den einzelnen Ländern.

Preis: broschirt 1,50 M., in Lederband geb. 2 M.
Nach anseherhalb gegen Einsendung von 20 Pfennig
Porto extra.

Auch in Lieferungen à 30 Pfennig.
Einbanddecken 20 Pfennig.

Das „Sozialpolitische Handbuch“ ist ein gedrängtes Compendium, das in erster Linie unseren in der Agitation stehenden Genossen, die dem Gegner gegenüber immer schlagfertig und mit Thatfachenmaterial gerüstet sein müssen, ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Das Thatfachen- und Zahlenmaterial aus unserer Partei-literatur, die bei ihrem stetigen Wachstum geistig durchgearbeitet immer schwieriger wird, findet sich in demselben in praktischer Weise zusammengestellt, so daß Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte und ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können.

Das dem Buche beigefügte ausführliche Inhaltsverzeichnis und Sachregister ermöglicht sofortige Beantwortung der gestellten Frage. 443/12

Wiederverkäufern Rabatt!

Ordentliche Generalversammlung

der 21685
Vertreter der Arbeitgeber
und Arbeitnehmer
der Orts-Krankenkasse
der

Maschinenbau-Arbeiter

und verwandten Gewerbe zu Berlin
am Freitag, den 16. März 1894,
Abends 8 Uhr präc.
im Restaurant Seefeldt hier selbst,
Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung — § 52 des Statuts.
2. Decharge-Ertheilung.
3. Erhöhung der Beiträge.
4. Antrag auf Abänderung der §§ 34, 35, 44 u. 58 des Statuts.
5. Bericht über die Abänderung des § 1 des Statuts.
6. Beschlußfassung über ein Pensions-gesuch.
7. Stellungnahme zur Zentralisation der Orts-Krankenkassen.

Hierauf findet eine General-Versammlung der Vertreter d. Arbeit-nehmer statt.

Tages-Ordnung:
Erfahrung eines Vorstandsmitgliedes.
Diese Wahl ist geheim und wird mittels Stimmzettel ausgeübt — § 34 des Statuts.

Der Vorstand.
Carl Thieme, Vorsitzender.

Kinderwagen und Reisekörbe,

über 300 Stück, im Einzelnen zu ver-
kaufen in der Korbwaaren-Fabrik
C. Jensch, Berlin N.,
Chausseestr. 93a,
nahe der Invalidenstraße.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Christenthum

und

Sklavenfrage.

Eine Broschüre, die sich besonders zur
Maffenverbreitung
eignet, ist die soeben erschienene Schrift:

Auß den Reichstags-Reden der Ab-
geordneten **Dr. Lieber,** Pastor
Schall und **A. Bebel** bei Be-
rathung des Kolonialgesetzes vom Februar
1894.

Preis: Einzeln 5 Pfg. Bei Be-
zug von 100—500 Exemplaren 3 Pfg.,
bei Bezug von über 500 Ex. 2 Pfg.
pro Exemplar.

Porto zu Lasten des Bestellers.

Wir empfehlen diese neueste Agi-
tationschrift besonders den
Vertrauenspersonen der Partei
und den lokalen und provinziellen
Agitationskomitees, denn sowohl
ihres Inhalts wie des billigen Preises
wegen eignet sich dieselbe zur Maffen-
verbreitung, namentlich in katholi-
schen und in jenen Gegenden, wo das
protestantische Auctorithum domi-
nirt. Gegen die salbungsvollen Reden
Lieber's und Schall's konstatirt **Bebel**
in seiner scharfen und schlagfertigen
Weise den Widerspruch zwischen christ-
lichen Redensarten und christlicher
Praxis und weist an den geschicht-
lichen Vorkommnissen die Thatfache
nach, daß die Vertreter des Christen-
thums allezeit und überall jede Form
wirthschaftlicher Ausbeutung: Sklaverei
— Leibeigenschaft — freie Lohn-
nechtschaft — im Interesse der jeweiligen
herrschenden Klassen zu vertheidigen
versuchen haben — trotz der entgegen-
stehenden theoretischen Lehren des
Christenthums. 443/20

Roh-Tabak

Detail-Verkauf
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. [2165b]

66. Resterhandlung.

Billeg Reste zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an
bis zum feinsten Kammgarn, auch pass.
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletotstoffen, sowie zu Früh-
jahrs- und Sommermänteln, Jaquets,
Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen.
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Kinderfräulein, Kinder- pflegerinnen, bessere Kinder mädchen und Stützen der Hausfrau,

welche einen Kursus von 1—3 Monaten
in unserer Anstalt durchmachen wollen,
erhalten von uns Stellung in den besten
Häusern. Unsere Anstalt hat sich durch
die gediegene Ausbildung der jungen
Mädchen einen so weit verbreiteten
guten Ruf erworben, daß wir nicht
unsauber sind, allen Anforderungen
gerecht zu werden. Deshalb ist es uns
möglich, den bei uns ausgebildeten
Schülerinnen auch später wieder un-
entgeltlich Stellung zu verschaffen. Für
Auswärtige billige Pension. Prospekt
frei.
Die Vorsteherin 57/1
der Berliner Probenschule.
Frau Clara Kroschmann, Berlin,
Wilhelmstraße 105.

Kein Laden. Sopha Stoff-Reste!

zu Bezügen ausreichend,
Toppische von 4 Mk. an, Gardinen,
Läuferstoffe, Tisch- u. Stoppdecken
etc. offer. viel billiger als im Laden
u. sogen. Ausverkaufs-Geschäften
G. Lüttmann's Spezialgeschäft
Berlin NO., Landsbergerstr. 97, pt.
Kein Ausverkauf.

Kinderwagen-Bazar

Jerusalemstraße 42 I
und Brunnenstraße 6, Hof part.
Großartige Auswahl Kinderwagen,
Buppenwagen, Kindersportwagen bil-
ligst. Theilzahlung gestattet. Nette
Muster-billig.

Die Waarenbestände

aus der
Gustav Holborn'schen
Concoursmasse
68 Alexanderstr. 68
besteh. in Wäse, Tisch-
u. Bettzeugen, Gardinen,
Kleiderstoffen, Morgen-
röcken, Blousen u. s. w.
werden von heute ab werktäglich
v. 9—1 u. 2—6 Uhr zur
Cave ausverkauft.

Buchdrucker.

Alexis Drudereinricht. z. laufen gef.
Off. aus Buchdrucker, Postamt 8. 59
erbeten. 2171b
Gangbares Plättgeschäft zu verm.
Niethe 400 M. Sorauerstr. 2. [2160b]